118. Dienstag den 22. Mai 1860. 118.

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. **Bestellungen** nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr** Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 22. Mai. Der zum Pfarrer in Brüssow berufene bisherige Superintendent Otto Reinhold Wolfgang Hammer in Baruth ist zum Superintendenten der Diözese Prenzlau II.; so wie der zum Pfarrer an der evangelischen Kirche in Pr. Holland berufene Superintendent Erdmann in Altfelde zum Superintendenten der Diözese Pr. Holland ernannt; und der praktische Arzt rc. Dr. Dippe zu Bitterfeld zum Kreis-Wundarzt des Kreises Bitterfeld ernannt; ferner am Gymnasium zu Frankfurt a. O. die Anstellung des Schulamts-Kandidaten Dr. Rasmus; und am Gymnasium zu Landsberg a. W. die des Schulamts-Kandidaten Eichmeyer als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

Der Kandidat der Philosophie Faulborn, der Zeichenlehrer Schwedler und der Hülfslehrer Auerbach aus Berlin, die Lehrer Brijlla aus Lublinitz, Müller aus Frankfurt a. O., Doms aus Laubst, Hertel aus Magdeburg, Brandt aus Halberstadt, so wie die Seminarhülfslehrer Thomas zu Steinau und Diesener zu Bunzlau haben nach Absolvirung des Kursus in der Königlichen Zentral-Turn-Anstalt das Zeugniß der Befähigung zur Leitung der gymnastischen Uebungen an öffentlichen Unterrichts- und Bildungs-Anstalten erhalten.

Se. Königliche Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin ist am 19. d. nach Schwerin abgereist.

Angekommen: Se. Fürstliche Gnaden der Fürstbischof von Breslau, Dr. Förster, von Köln.

Telegramme der Posener Zeitung.

Paris, Montag, 21. Mai, Abends. Die heutige „Patrie“ enthält eine Depesche aus Rom, nach welcher der Oberst Pimodam über ein Korps Freiwilliger, welches in die päpstlichen Staaten eingedrungen war, einen bedeutenden Erfolg davongetragen hatte. Ein Bruder Orsini's soll dabei getödtet worden sein.

Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Neapel vom 20. d. Abends hatten die königlichen Truppen in den Kämpfen am 15. und 16. d. den Kürzeren gezogen. Montreale, welches die Stadt Palermo beherrscht, ist von Garibaldischen Trupps eingeschlossen. Aufständische marschiren auf Palermo. Lanza's Proklamation ist ohne Wirkung geblieben. Man glaubt, daß die Räumung der Stadt Seitens der Truppen bevorstehe.

Marseille, Montag, 21. Mai. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Rom war Lamoricière am 13. daselbst wieder eingetroffen und hatte am anderen Morgen wegen des Garibaldi'schen Unternehmens Truppen in der Richtung nach Orbitello gesandt.

Neapel, Sonntag, 20. Mai, Abends 9 Uhr 30 Minuten. Es hat kein weiterer Zusammenstoß zwischen den königlichen Truppen und den Freischaaren stattgefunden. Zwei starke Truppenabtheilungen verfolgen die bei Calatafimi zerstreuten Garibaldianer und sichern die ruhig gebliebenen Provinzen. Die Treue und der Eifer der königlichen Truppen werden die Trümmer der Insurgentenkorps vernichten.

(Eingeg. 22. Mai 8 Uhr Morgens.)

London, Dienstag 22. Mai. In der gestrigen Oberhaussitzung stand die von der Regierung vorgeschlagene Aufhebung der Papiersteuer auf der Tagesordnung. Lord Mouteagle beantragte eine Vertagung der Lesung dieser Bill auf sechs Monate (d. h. die Verwerfung). Bei der Abstimmung erklärten sich 193 für, 104 gegen die Vertagung, so daß die Regierung mit 89 Stimmen in der Minorität blieb.

(Eingeg. 22. Mai 9 Uhr 45 Minuten Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 21. Mai. [Die Situation in Italien; Stand der orientalischen Frage; Gerüchte über das Herrenhaus.] Die Nachrichten aus Italien wirbeln noch immer so bunt durcheinander, daß man noch nicht einmal über den Verbleib Garibaldi's, geschweige denn über den Erfolg seiner Unternehmungen im Klaren ist. Im Allgemeinen mißtraut man sowohl den Mittheilungen, welche über Piemont kommen, wie denen, welche aus den Quellen der neapolitanischen Regierung geschöpft sind. Nach den hier in unterrichteten Kreisen umlaufenden Berichten steht die Sache der bourbonischen Dynastie in Sicilien sehr schlecht, und selbst auf dem neapolitanischen Festlande erwartet man ernste Erschütterungen. Die Regierung selbst scheint jetzt ihre Schwäche einzugestehen, da sie von ihrem bisherigen Systeme plötzlich abspringt und den Insurgenten erhebliche Zugeständnisse, namentlich die gesonderte Verwaltung Siciliens, anbietet. Man glaubt hier nicht an den Erfolg solcher Versöhnungsversuche und ist vielmehr überzeugt, daß zwischen der bourbonischen Dynastie und der von Garibaldi unterstützten Insurrektion nur das Schwert den Ausschlag geben wird. — Die orientalische Frage steht nun wieder in alter Form auf der Tagesordnung Europa's, und zwar zunächst nur als diplomatische Kontroverse. Es wird von allen Seiten bestätigt, daß der Antrag Rußlands auf eine Berathung der Großmächte über die Lage der Christen in der Türkei sofort die Zustimmung Frankreichs erhalten, und von den anderen Kabineten keinen bestimmten Widerspruch erfahren hat. England ist sowohl wie Preußen und Oestreich nicht abgeneigt, an der vorgeschlagenen Berathung theilzunehmen; aber freilich haben die drei Mächte sich über gewisse Grundsätze verständigt, welche der französisch-russischen Koalition einen Strich durch die Rechnung machen. Wenn nur die fünf Großmächte an den Konferenzen über die orientalischen Zustände theilnehmen, so bilden die drei genannten Staaten schon für sich allein die den Ausschlag gebende Mehrheit. Sie haben es daher in ihrer Hand, einseitige Uebergriffe durch diplomatische Intervention abzuwehren, und sich zu gemeinsamen Maaßregeln rechtzeitig zu verbinden, wenn Rußland, durch die Versprechungen und Ermunterungen Napoleons angestachelt, wieder thatsächlich zur Kur des „kranken Mannes“ schreiten sollte. — Eine hiesige Korrespondenz hat die Nachricht verbreitet, die Regierung beabsichtige, dem nächsten Landtag einen Plan für die Umgestaltung des Herrenhauses vorzulegen, und vorher eine bedeutende Anzahl neuer Pairs zu ernennen, um die Annahme des Entwurfes in dem Herrenhause selbst zu sichern. Die Nachricht wird in amtlichen Sphären dementirt, sie ist aber charakteristisch für die Stimmung des Tages.

☾ Berlin, 21. Mai. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Die hiesige Garnison führte heute Vormittag vor dem Prinz-Regenten auf dem Tempelhofer Felde ein Manöver aus, und wohnten demselben die sämmtlichen Prinzen bei. Auch der Prinz Friedrich Karl war anwesend, welcher gestern Abend von Stettin hier eingetroffen ist und im königlichen Schlosse übernachtet hatte. Der Prinz-Regent war bereits um 3/4 8 Uhr Morgens nach dem Exerzierplatze gefahren und kehrte erst nach 11 Uhr wieder zur Stadt zurück, worauf er sogleich die Vorträge des Geheimrathes Illaire und des Generalmajors v. Manteuffel entgegennahm. Später arbeitete der Prinz-Regent mit dem Fürsten von Hohenzollern und den Ministern v. Auerswald und v. Schleinitz. Um 10 Uhr hatte im Konferenzzimmer des Abgeordnetenhauses ein Ministerrath stattgefunden, und auch gestern Mittag waren die Kabinetsmitglieder, unter dem Vorsitz des Fürsten von Hohenzollern, im Gebäude des Staatsministeriums zu einer Berathung zusammengetreten. Wie ich erfahre, war die Thronrede Gegenstand der Verhandlung. — Heute Nachmittag 4½ Uhr war im Palais des Prinz-Regenten große Tafel, zu der vorzugsweise Militärs Einladungen erhalten hatten. Unter den Gästen befanden sich auch der Prinz August von Württemberg, der Prinz Peter von Oldenburg, der Fürst von Hohenzollern und andere fürstliche Personen. — Man erzählt sich in der Stadt, daß der Prinz-Regent nach beendigtem Manöver, wobei er mehrmals das Kommando übernommen habe, gestürzt sei. Ich weiß nicht, was an dem Gerücht wahr ist; jedenfalls ist aber der Sturz ohne jede Folgen geblieben, denn, wie schon mitgetheilt, hat der Prinz-Regent nach der Rückkehr vom Manöver ungestört gearbeitet und auch große Tafel gehalten. Morgen Vormittag ist in Potsdam große Frühjahrs-Parade im Lustgarten, und nach derselben Diner im Stadtschlosse, und am Mittwoch paradirt unsere Garnison vor dem Prinz-Regenten auf der Charlottenburger Chaussee im Thiergarten, wo in früheren Jahren schon Paraden stattgefunden haben. Später ist im königlichen Schlosse Militär-Tafel, zu der über 300 Einladungen ergangen sind, und Abends erscheinen die Gäste des Prinz-Regenten im Opernhause. — Neuerdings ist hier wieder davon die Rede, daß auch der Prinz Friedrich Wilhelm nicht der Eröffnung der Trier-Saarbrücker Eisenbahn beiwohnen wird. Was hierzu Veranlassung gegeben hat, ist mir zur Zeit unbekannt. — In diesen Tagen wird hier der Großfürst Nikolaus von Rußland erwartet, der von Paris aus in Karlsruhe einen Besuch gemacht hat und jetzt in Stuttgart verweilt. Der hohe Gast will jedoch in Berlin nur kurze Zeit rasten und dann seine Rückreise nach Warschau fortsetzen. Wie ich höre, wird auch der Großfürst Michael auf seiner Reise nach Karlsruhe und Wildbad Berlin besuchen. — Der Fürstbischof Dr. Förster von Breslau, der gestern hier in der St. Hedwigskirche das Sakrament der Firmung gespendet hat, ist bereits heute früh von hier nach Breslau weiter gereist. Gestern befand sich der Kirchenfürst längere Zeit in der fürstlichen Familie Radziwill, in der auch der Fürst von Clary-Aldringen anwesend war, der ebenfalls heute früh nach Teplitz zurückgereist ist. — Der mecklenburgische Gesandte, General v. Hopfgarten, hat gestern Abend eine weite Reise angetreten, und ist zunächst nach Eisenach abgereist.

— [Die Expedition nach Ostasien.] Die „Sp. Ztg.“ enthält folgendes Schreiben aus Sta. Cruz auf Teneriffa vom 23. April: „Nachdem bereits am 20. d. M. das preußische Transportschiff „Elbe“ im hiesigen Hafen eingetroffen war, langte heute Vormittag auch die Dampfkorvette „Arkona“ an. Sie hat Portsmouth am 11. April verlassen, am 18. Madeira berührt und die Reise von dorther in drei Tagen zurückgelegt, während die „Elbe“ von Southampton bis Madeira 10 Tage und von dort bis hier gleichfalls drei Tage gebraucht hat. Wie wir vernehmen, wird die „Arkona“ bereits morgen früh wieder segeln, um in Rio de Janeiro oder Montevideo mit den beiden vorausgegangenen Schiffen zusammenzutreffen, während die „Elbe“ von hier dann nach Singapore gehen und das Geschwader dort erwarten soll. Auf beiden Schiffen ist Alles wohl, und die „Arkona“ sowohl, als die „Elbe“ haben sich als tüchtige Segler bewährt. Sämmtliche Schiffe sollen am 1. August in Singapore sein, um noch den bis zum Anfang Oktober dort wehenden günstigen Monsoon zur Weiterreise nach China und Japan zu benutzen. Deshalb wird sich der Aufenthalt des Geschwaders in Südamerika nur auf sehr kurze Zeit erstrecken. Ob dasselbe später zuerst nach China oder Japan gehen wird, scheint noch unbestimmt und dürfte nach Einsicht der dortigen Verhältnisse von der Bestimmung des die Expedition begleitenden Gesandten abhängig gemacht werden. Wahrscheinlich werden die Schiffe jedoch gleich nach Japan weiter segeln und im April künftigen Jahres mit dem günstigen Monsoon nach China, Siam und sodann nach Europa zurückkehren, da dem Vernehmen nach die anfänglich festgesetzte Dauer der Expedition abgekürzt und dieselbe schon in 1½ Jahren vollendet sein soll.“

— [Die königlich preußische Gesandtschaft für Persien] hat am 12. v. M. ihre Reise aus Napitschewan fortgesetzt, den Araxes bei Djulfa passirt und wurde hier als auf persischem Gebiete von den beiden Mehmendaren (Reisemarschällen) des Schah, Mehti Khan und Tar-Khan, dem Gouverneur von Choi, in herkömmlicher Weise feierlichst empfangen. Von hier ging es ohne Aufenthalt über Girian-dibbi, Marand und Sufian weiter nach Täbris, woselbst abermals von Seiten der Militär- und Zivilbehörden ein feierlicher Empfang stattfand und der Gesandtschaft das Sommerpalais des Schah als Wohnung angewiesen wurde. Hier wollte die Gesandtschaft bis zum 22. April Rasttag halten, um dann ihre Reise nach Teheran, der Residenz des Schah, fortzusetzen, woselbst sie Anfang Mai einzutreffen hoffte.

— [Deutscher Juristentag.] Beseelt von dem Wunsche, die Einheit Deutschlands auf dem Gebiete des Rechtes nach Kräften fördern zu helfen, hat die „Juristische Gesellschaft“ in Berlin beschlossen, einen deutschen Juristentag auszuschreiben und jährlich wiederkehrende Versammlungen von deutschen Rechtsverständigen anzubahnen. Sie hat eine Kommission mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt. In Folge dessen hat diese eine vorläufige Ordnung für den deutschen Juristentag entworfen, welche, bis zur ersten Versammlung maaßgebend, dieser zur Beschlußnahme unterbreitet werden wird. Der erste deutsche Juristentag wird am 28., 29. und 30. August d. J. in Berlin stattfinden.

— [Gesandtschaftspässe.] Auf den Antrag des Ministers des Innern hat Se. K. Hoh. der Prinz-Regent genehmigt, daß solche Pässe, welche von den hier akkreditirten diplomatischen Agenten auf Grund der Gesetze ihres Landes an ihre Nationalen zu Reisen und zum Aufenthalte in den preußischen Staaten ausgestellt worden sind, und das Visa des Ministeriums des Innern tragen, als gültige Legitimationsdokumente angesehen werden sollen.

Danzig, 20. Mai. [Zur Marine.] Nachdem am 15. d. die Segelkorvette „Amazone“ in Dienst als Kadetten-Uebungsschiff für dieses Jahr gestellt worden, wird mit deren Auftakelung rüstig vorgeschritten, damit sie beim Eintreffen der Seekadetten aus der Kadettenschule zu Berlin bereits seeklar ist, und gegen Ende d. Mts. nach der Rhede gehen kann. Gestern ist auch die Brigg „Hela“ als Schiffsjungen-Uebungsschiff in Dienst gestellt und wird, da ihre Abänderung vom Schooner zur Brigg noch nicht ganz vollendet, mit aller Anstrengung hieran gearbeitet; es soll auch dieses Schiff jedenfalls noch diesen Monat die hiesige Werft verlassen. — In diesen Tagen haben von hiesigen Marineoffizieren Vermessungen und Peilungen der Wassertiefe an unserer Küste zwischen Neufahrwasser und Oxhöft stattgefunden; es ist dies entweder [illegible] Küstenbefestigungsangelegenheit, oder, was wahrscheinlicher, wegen des Kriegshafens in der Ostsee (Sasper-See) geschehen. — Der Korvettenkapitän Köhler, welcher unlängst von Berlin hier eingetroffen ist, um das Kommando der „Barbarossa“ und der Matrosendivision zu übernehmen, begiebt sich heute nach Memel, um den Generallieutenant v. Moltke bei Besichtigung der Ost- und Nordseeküsten zu begleiten.

Münster, 19. Mai. [Verhaftungen.] Der „Rh. u. R. Z.“ schreibt man in Bezug auf die Entweichung des Posteleven Tholey mit der bedeutenden Summe von 19,000 Thlr. (s. Nr. 111), daß man dessen Braut und deren Vater, einen hiesigen Kunstgärtner, bei welchem man in einem Mistbeete versteckt eine Flasche mit 1000 Thlr. Kassenanweisungen auffand, gefänglich eingezogen hat. Auch einige Akademiker sind verhaftet worden.

Oestreich. Wien, 19. Mai. [Konzessionen an die Ungarn; Garibaldi's Expedition.] Benedek bringt den ungarischen Protestanten als Gnadengeschenk des Kaisers die Erlaubniß, sich in Konventen zu versammeln und Jenen, welche vor dem kaiserlichen Erlaß diese Erlaubniß sich selbst ertheilt hatten, Verzeihung (s. Nr. 116). Es ist etwas, wenngleich nicht viel. Die Versöhnung mit dem in Unmuth versunkenen Lande erfordert aber drastischere Mittel. Die Ungarn beharren auf der Forderung der Rekonstituirung der Landtage, und ich kann meine bisherigen Nachrichten über die Eintrittsweigerungen der in den verstärkten Reichsrath berufenen ungarischen Mitglieder bestimmter dahin ergänzen, daß höchstens drei derselben an den Berathungen Theil nehmen werden. Man kann die Verhandlungen als abgebrochen betrachten. Der verewigte Minister v. Bruck hatte die Forderung gestellt, deren Füglichkeit jetzt auch den weniger Einsichtigen einleuchten dürfte, daß man sich vor der Berufung der neuen Mitglieder erst Gewißheit über deren Geneigtheit zum Eintritt verschaffen möge. Dieser so nahe liegende und in den Verhältnissen angezeigte Vorschlag wurde damals von dem Gesammtministerium verworfen, und besonders soll der Kultusminister gegen jeden Versuch einer vorgängigen Verständigung sich ausgesprochen haben, weil er die Konzessionen fürchtete, zu denen man sich jetzt hat verstehen müssen. — Nach den Nachrichten, die wir hier aus Neapel haben, ist Garibaldi's Landung nur zu gewiß, und nicht minder gewiß ist, daß Piemont die Expedition begünstigt und England sie aktiv gefördert hat. Wie man sicher vernimmt, ist diesseits dem Könige Franz der Rath ertheilt worden, den Wünschen des Landes entgegenzukommen und die von seinem Vorgänger vernichtete Kostitution zu proklamiren. Ob der König diesen Entschluß fassen wird, ist nicht bekannt; vermuthen läßt sich indeß, daß, wenn der König sich dazu entschließen sollte, der Entschluß jetzt zu spät käme. Marquis de Moustier hat im Auftrage des Herrn Thouvenel dem Grafen Rechberg die positive Versicherung gegeben, daß Frankreich der Bewegung in Neapel und Sicilien fremd sei, daß es die Garibaldi'sche Intervention mißbillige, und daß der Vertreter Frank-

reichs in Turin angewiesen sei, das dortige Kabinet zu tadeln, weil es die Expedition nicht durch größere Wachsamkeit gehindert habe. Diese Erklärungen sind authentisch, ob auch aufrichtig und wahrhaft, läßt sich eher bezweifeln als anerkennen. (BHZ.)

— [Opposition des Klerus.] Der Unterrichtsminister Graf Thun soll in diesem Momente durch die Haltung der Bischöfe sehr bedrängt sein, da die Gerüchte gegen die Ausschreitungen des Klerus einzuschreiten Willens seien. Der Justizminister soll die erhobenen Anklagen, namentlich gegen den Hirtenbrief des galizischen Erzbischofs, nicht mehr unbeachtet lassen, da seine Wirkung auf den Pöbel bereits zu thatsächlichen Exzessen provozirte. Unbesonnene Aeußerungen aus klerikalen Kreisen stellen einen Konflikt zwischen den Behörden und der Kirche in nächste Aussicht. Die ultramontane Presse spricht es unumwunden aus, daß das Gericht unfähig sei, einen katholischen Priester und seine Wirksamkeit seinem Urtheile zu unterziehen. Die Revolution gegen Staat und Gesetz schwebt jetzt im geistlichen Gewande einher, und wird, wenn man sich auch zur Vermittlung anstrenge, nicht in Frieden verglichen werden; der päpstliche Nuntius hat darob bereits die Einmischung der römischen Kurie in dringenden Briefen angesucht, und man erwartet von dort Instruktionen und Befehle, da die Staatsgewalt den Kirchenfürsten gegenüber durch das Konkordat gelähmt ist. (N. Z.)

Wien, 20. Mai. [Die ungarischen Reichsräthe; die Amnestie; Beschlagnahme.] Wie die „Ostd. Post" vernimmt, haben vier der ernannten ungarischen Reichsräthe definitiv angenommen und bereits vorgestern bei dem Kaiser Audienz gehabt, um ihm zu danken; es sind dies Graf Georg Apponyi, Johann Barkoczy, Georg Majlath und Bürgermeister Toperczer. Auch mit Baron Vay sollen die Besprechungen noch nicht abgebrochen sein, zumal durch das neueste kaiserliche Handschreiben in der Protestantenfrage ein großer Umschwung eingetreten ist. Der Eintritt des Baron v. Vay in den Reichsrath hatte außer allem Uebrigen auch noch die Schwierigkeit gegen sich, daß er wegen der Abhaltung eines Konventes unter einer gerichtlichen Anklage stand. Die vorgestern veröffentlichte Amnestie beseitigt allerdings diese Schwierigkeit. Außer vom Baron Vay ist die Rede von der Ernennung des Grafen Anton Szeczen und schließlich auch vom Grafen Franz Zichy. — Die vorgestern publizirte kaiserliche Amnestie für die in der Protestanten-Angelegenheit vorgekommenen Straffälle und eingeleiteten Untersuchungen erstreckt sich auf einhundert und vier Personen. — In Triest wurden am verflossenen Sonntag mehr als ein Dutzend Fäßchen in Beschlag genommen, die als Kupfer deklarirt waren, jedoch lauter Neukreuzer enthielten, welche trotz des bestehenden Verbotes nach dem Venetianischen gebracht werden sollten.

— [Die orientalische Frage und Ungarn.] Die von mehreren Seiten ausgesprochene Ansicht, daß die Wiederaufnahme der orientalischen Frage dermalen zu einer Theilung der Türkei zwischen Rußland, Oestreich und Frankreich führen werde, findet hier keinen Glauben, insbesondere da es sicher ist, daß an den in letzterer Zeit zwischen Rußland und Frankreich in Bezug auf den Orient geführten Verhandlungen Oestreich nicht betheiligt war. Weit mehr Wahrscheinlichkeit hat daher die Annahme für sich, daß Rußland nnd Frankreich übereingekommen sind, aus den Donaufürstenthümern, Serbien und den slavischen Provinzen der Türkei einen neuen Staat zu bilden, dessen Regent ein Mitglied des russischen Kaiserhauses werden soll. Daß man hier eine solche Eventu[illegible]et, ist gewiß, und es dürfte wohl mit Sicherheit anzunehmen sein, daß gerade diese Besorgniß ein Hauptbeweggrund ist, warum sich die Regierung jetzt geneigt zeigt, die Wünsche der Ungarn zu befriedigen. Die baldige Einberufung des ungarischen Landtages wird immer wahrscheinlicher. Daß man derselben in allen Provinzen mit ungemeiner Spannung entgegensieht, versteht sich von selbst. Graf Rechberg hat mehreren ungarischen Magnaten in dieser Beziehung Mittheilungen gemacht, welche diese sehr befriedigt haben sollen. Neuestens heißt es, daß die Regierung auch in der Frage wegen Wiederherstellung der Palatinuswürde nachzugeben Willens sei. Man darf die darauf bezüglichen amtlichen Kundgebungen binnen Kurzem erwarten. (K. Z.)

— [Geschwader nach dem Mittelmeere.] Wie man der „Triest. Z." aus Pola, 15. d., schreibt, ging Kommodore Baron Wüllerstorf-Urbair an diesem Tage mit einem aus der Fregatte „Schwarzenberg", der Korvette „Dandalo" und dem Kriegsdampfer „Lucia" bestehenden Geschwader in der Richtung nach dem Mittelmeere in See.

Venedig, 16. Mai. [Hirtenbrief.] Der Patriarch hat einen Hirtenbrief erlassen, worin er zur Betheiligung am päpstlichen Anlehen auffordert.

Bayern. München, 20. Mai. [Patriotische Ansprache.] Die Landrathsversammlung von Oberbayern ist vor einigen Tagen von ihrem Vorsitzenden, Rechtsrath Badhauser, mit einer Rede geschlossen worden, in der es am Schluß heißt: „In dem Momente, wo Gefahr dem deutschen Vaterlande droht, muß der wahre Patriot alle konfessionellen Gegensätze übersehen, und er darf nicht mit Verachtung auf dieses oder jenes deutsche Land hinweisen, dessen innere Einrichtungen mehr oder weniger zu wünschen übrig lassen. Wer jetzt noch Zwiespalt zu nähren sucht, ist ein Verräther am Vaterlande. Allein damit man sich nicht über unsere Stimmung in Deutschland täusche, glaube ich, daß wir unsere Anschauung klar kundgeben sollen; wir sind die Vertreter von mehr als 750,000 Bayern, und unsere Ansicht theilt, dessen sind wir uns sicher bewußt, die ungeheure Mehrheit des bayrischen Volkes. Wir wollen ein ganzes, großes Deutschland, kein Fußbreit deutscher Erde darf uns abhanden kommen, kein deutscher Bruderstamm darf in unserm Bunde fehlen; wer diesen Wahlspruch auf seine Fahne schreibt, mit dem ziehen wir, und getragen von glühender Begeisterung für das Vaterland werden wir wie ein Wettersturm unsern Feinden entgegenbrausen und den letzten Mann, das letzte Roß und den letzten Gulden daransetzen für die Ehre und Unabhängigkeit unseres geliebten Deutschlands. Vor sieben Monaten gab Deutschland ein herrliches Bild der Einigkeit in der Feier des hundertjährigen Wiegenfestes unseres Schiller. Dieser Nationaldichter sang den herrlichen Vers: „An's Vaterland, an's theure, schließ' dich an, das halte fest mit deinem ganzen Herzen." Das Vaterland ist unsre erste Liebe und auch unsre letzte. Wir Alle lieben unser deutsches Vaterland, wovon unser Bayern unter einem echt deutschen angestammten Fürsten einen der schönsten und glücklichsten Gaue bildet. Um der Freiheit dieses unsres Vaterlandes willen ist es an uns, mit allen Kräften zusammen zu wirken; der Gedanke der Einigkeit muß alle Schichten des Volkes durchdringen, dann werden wir auch einig werden und die deutsche Ehre retten. Unsere Väter haben für Deutschland geblutet und es von fremdem Joche befreit; wir, die Söhne, müssen unsern Kindern ein einiges, ein ganzes, ein freies Deutschland hinterlassen."

Hannover, 19. Mai. [Herr v. Borries; Hassenpflug; die Stände.] Die hier umlaufenden Gerüchte, daß wegen der bekannten Aeußerung des Herrn v. Borries hier diplomatische Anfragen eingelaufen seien, und daß sich eine Ministerkrise vorbereite, sind schwerlich begründet. Gewiß ist dagegen, daß Herr v. Borries am 15. d. zur königlichen Tafel gezogen wurde, womit sich alle Gerüchte über das Ausscheiden dieses Herrn aus dem Amt vor der Hand erledigen dürften. Unter diesen Umständen hat auch schwerlich die Anwesenheit des Osnabrücker Landdrosten v. Lütcken in unserer Stadt, der hier einige Tage verweilte, die Bedeutung, welche man im Publikum derselben beilegt. (Auch nach der „Z. f. N." sind die Gerüchte von einem Rücktritt des Herrn v. Borries als erledigt zu betrachten.) — Herr Hassenpflug verweilt augenblicklich ebenfalls hier und wohnte am Sonntag der Vorstellung im Theater bei. Der frühere hessische Minister hat, wie man erzählt, die Entwendung seines Reisekoffers zu beklagen. — Am Freitag vor Pfingsten kehren die Ständemitglieder in ihre Heimath zurück; ob auf längere Zeit oder nur um nach dem Fest die Arbeiten wieder aufzunehmen, ist noch ungewiß. (Wes. Z.)

Sachsen. Leipzig, 19. Mai. [Jubiläum.] Professor Dr. Stallbaum beging gestern sein 25jähriges Jubiläum als Rektor der hiesigen Thomasschule, deren Zögling er gewesen, und an der er überhaupt schon 40 Jahre als Lehrer thätig ist.

Baden. Karlsruhe, 20. Mai. [Antrag in der kurhessischen Angelegenheit.] Der Bericht des Abg. Kirsner über die kurhessische Angelegenheit, schließt mit folgendem Antrag an die Zweite Kammer: Den dringenden Wunsch zu Protokoll zu erklären: „Die großh. Regierung möge in Berücksichtigung, daß die Bundesbeschlüsse vom 27. März 1852 und 24. März 1860, insofern sie die kurhessische Verfassung vom 5. Januar 1831 im Ganzen beseitigten, mit den Bundesgesetzen, namentlich aber mit dem Art. 56 der Wiener Schlußakte im Widerspruche sind, für den Fall, als nicht in Bälde im Wege der Vereinbarung mit den Ständen ein dieselben befriedigender Abschluß der Verfassungsfrage erzielt wird, ihren ganzen Einfluß aufbieten, daß die Verfassung vom 5. Jan. 1831 wiederhergestellt und die kurhessische Regierung veranlaßt werde, durch Verständigung mit den nach dem Wahlgesetze von 1831 einzuberufenden Ständen die etwa bundeswidrigen Bestimmungen aus dieser Verfassung auszuscheiden."

Heidelberg, 19. Mai. [Badischer Handelstag.] Am 14. und 15. d. tagten hier die badischen Handelskammern. Zu den wichtigsten Beschlüssen gehört, daß sich die Versammlung für Einführung der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit entschied. Für das Münzwesen wurde der Dezimalfuß angenommen.

Sächs. Herzogth. Gotha, 20. Mai. [Hr. v. Borries und der Nationalverein; Rheinbündlerisches.] Die größten [illegible]mühungen der Freunde der Nationalpartei hätten es kaum möglich gemacht, dem Nationalverein so warme Sympathien und so viel neue Mitglieder zuzuführen, als dies Hrn. v. Borries gelungen ist. Auch in Thüringen hat das traurige Wort, das der hannoversche Minister gesprochen, ungeheures Aufsehen gemacht und den allgemeinsten Abscheu vor solcher Gesinnung hervorgerufen. Ein nicht außer Zusammenhang damit stehendes Faktum ist das, daß die „Wochenschrift des Nationalvereins", obwohl nun erst die dritte Nummer derselben erschienen ist, bereits gegen 2000 Abonnenten zählt. In dem Wochenbericht dieser letzten Nummer ist eine Mittheilung gemacht, die grade jetzt von erheblichem Interesse sein dürfte, und die von der Redaktion mit solcher Bestimmtheit veröffentlicht wird, daß an ihrer Richtigkeit kaum gezweifelt werden kann. Demzufolge hat Hr. v. Thouvenel in vertraulichen Unterredungen mit den Gesandten zweier Staaten, die dem Rheinbund angehört haben, zu erkennen gegeben, daß der Kaiser der Franzosen es gern sähe, wenn die Formen der Etikette wieder angenommen würden, durch welche der Verkehr Napoleons I. mit den Fürsten der fraglichen Staaten geregelt worden sei. Das wesentliche Stück dieser Formen nun war die den Rheinbundsfürsten auferlegte Unterschrift: Votre frère et serviteur. Der eine von den beiden Gesandten bat um schriftliche Mittheilung des von Hrn. Thouvenel ausgesprochenen Wunsches, die indessen nicht erfolgte. Der zweite Gesandte entledigte sich des ihm ertheilten Auftrags bei seinem Hof. Dieser, obgleich er sich von jeher, und namentlich bei mehr als übereilter Anerkennung des wiederhergestellten Kaiserreichs, durch dienstfertige Beflissenheit gegenüber dem Napoleonismus hervorgethan, konnte sich doch nicht entschließen, mit dem ihm angesonnenen Beispiel der förmlichen Unterthänigkeitsbezeigung voranzugehen. Ein eigenhändiges Schreiben bat unter vielen Entschuldigungen den Kaiser der Franzosen um die Erlaubniß, sich nicht dessen Diener nennen zu dürfen. Das Gesuch wurde großmüthig gewährt. (N. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 18. Mai. [Ueber die orientalische Frage] bemerkt der „Morning Herald", das Organ der Partei Derby: „Das mißlichste Problem, das je einem Staatsmann in den Weg trat, ist das Schicksal der Türkei. Nikolaus I. war vor einigen Jahren gewillt, es zu lösen, aber Frankreich und England bestritten ihm das Recht dazu. Von Menschlichkeit und Eigennutz geleitet, drangen zwei große Personen darauf, daß man den Kranken eines natürlichen Todes sterben und sein Hab und Gut in ein internationales Kanzleigericht fallen lasse. England und Frankreich und ganz Europa sind sehr gealtert und ganz grau vor Weisheit geworden, seit Nikolaus in den Krieg hinein taumelte. Wenn nicht ein großer Zeitraum, so ist ein ganzer Wirbel von Ereignissen seit damals vorübergegangen, und der Türke ist so krank wie jemals. Die jetzige Gestalt der Krisis entbehrt der Einfachheit, die sie durch die praktischen Vorschläge erhielt, welche der vorige Czar dem englischen Gesandten machte. England und Frankreich werden wahrscheinlich nie wieder im Verein für die Türkei oder ein anderes Land kämpfen, worin auch die Aufreizung bestehe, und in Abwesenheit irgend eines besonderen Rechts, dem Sultan Gesetze vorzuschreiben, läßt sich unmöglich sagen, mit wem England um sein Wegerecht nach Indien zu kämpfen haben dürfte. Inzwischen wird es rathsam sein, dem Gedanken, daß die Türkei durchaus energisch vermahnt werden müsse, nicht Vorschub zu leisten. Natürlich ist nichts leichter, als Beschwerden gegen die Türkei vorzubringen, und dergleichen ist bei den kontinentalen Mächten Gewohnheit geworden. Zum Theil mögen sie nicht ganz unbegründet sein, aber man kann unmöglich sagen, wie sehr unsere ehrlichen Freunde, die Griechen, auf den christlichen Beistand pochend, ihre muhamedanischen Nachbarn reizen mögen. Auch ist zu bedenken, daß die Regierung, die das Oberhaupt der Christenheit führt, das einzige Seitenstück zur türkischen ist. Die Regierungen von Rom und Konstantinopel stehen im Punkt der Ersprießlichkeit so ziemlich auf einer und derselben Linie: und es ist interessant, in dem Zölibat hier und der Polygamie dort einen neuen Belag für die alte Wahrheit zu finden, daß die Extreme sich berühren. Der Türke darf daher antworten, daß die Herrschaft des Propheten, wie sie von seinem Nachfolger gehandhabt wird, wenigstens eben so gut sei, wie die von Christi Stellvertreter auf Erden." (!) — Der radikale „Morning Advertiser" zweifelt keinen Augenblick an einem russisch-französischen Einverständniß gegen die Türkei und sagt:

Im englischen Kabinet muß es Personen geben, die von diesen Anschlägen Kunde haben. Im Parlament interpellirt, werden sie es vielleicht in Abrede stellen, aber dies thaten sie auch vor der Annexion Savoyens. Indem er die Elemente der Zwietracht im Osten aufregt, sucht Napoleon uns zu beschäftigen, damit er desto freiere Hand im Westen habe. Soll es ihm gelingen, sich die Ereignisse nach Gefallen und Bequemlichkeit vorzubereiten und zurechtzulegen? Hätten wir die Partei der Schweiz ergriffen, oder thäten wir es noch jetzt mit Energie, so könnten wir einen für Europa sehr gesunden Strich durch manche seiner Rechnungen machen. Aber wir fürchten, die englischen Staatsmänner drücken ein Auge zu, und die englische Nation wird an die Gefahr nicht glauben wollen, bis es zu spät ist. Das Parlament seinerseits hat in letzter Zeit nur sporadische Beweise von Wachsamkeit gegeben; und die Beweise kamen gewöhnlich, als die abzuwendenden Ereignisse bereits der Vollendung nahe waren. So geht England mit verbundenen Augen zwischen den Fallen hin, die ihm gestellt sind, lebt in politischer Beziehung von der Hand in den Mund, ohne System, Plan oder Vorbereitungen. Furchtbar wird das Erwachen sein, wenn die materielle Gewalt der Ereignisse uns aus unseren Illusionen reißt.

London, 19. Mai. [Geburtsfeier der Königin.] Gestern war im Palaste von St. James großer Empfang zur Feier des Geburtstages der Königin Victoria. Die Königin ist am 24. Mai 1819 geboren, und gestern war der 18. Mai 1860. Weßhalb die offizielle Geburtstagsfeier stets auf den falschen Tag gelegt wird, haben wir bis jetzt noch nicht zu ergründen vermocht. Bei den verschiedenen Ministern fanden Galadiners (full dress banquetts) statt, und bei dem Premier oder, um technisch richtiger zu sprechen, bei Lady Palmerston, versammelte sich nach dem Bankett eine aus der Elite der Gesellschaft bestehende, mindestens 400 Personen zählende „assembly". Die fremden Diplomaten dinirten beim Staatssekretär des Auswärtigen, Lord J. Russell, und begaben sich dann größtentheils in die von Lady Palmerston veranstaltete Abendgesellschaft.

— [Das indische Heer.] Es wird, wenn wir der „Times" glauben wollen, in Zukunft kein von dem übrigen englischen Heere getrenntes besonderes europäisches Heer für Indien mehr geben (s. gestr. Z.). Im Mai 1857, als der indische Aufstand losbrach, zerfiel das indische Heer in drei Abtheilungen: die gewöhnlich etwa 25,000 Mann zählenden königl. europäischen Truppen, die europäischen Truppen der ostindischen Kompagnie nnd das 250,000 Mann starke Sipahiheer.

London, 21. Mai. [Telegr.] Die heutige „Morning Post" meldet, daß der König von Neapel Filangieri mit dem Auftrage nach Sicilien gesandt habe, den Insurgenten eine allgemeine Amnestie, die Ernennung eines Vizekönigs und Herstellung einer getrennten Regierung anzubieten. (Also eine Bestätigung der schon gestern mitgetheilten Nachricht; d. Red.)

Frankreich.

Paris, 19. Mai. [Tagesbericht.] Der Staatsrath wird das Gesetz von 1850 über die Organisation des Privatunterrichts dahin abändern, daß Religionsgemeinschaften und Mitglieder der Geistlichkeit zur Leitung einer freien Schule auch der ausdrücklichen Genehmigung Seitens der Regierung bedürfen. — Prinz Louis Lucian Bonaparte ist hier angekommen. — Großfürst Nikolaus von Rußland hat Paris verlassen und sich zunächst nach Stuttgart begeben. — Gegen den Pfarrer von Montmorency und noch einen andern Geistlichen ist die Untersuchung eingeleitet worden wegen Predigten, welche dieselben über die gefährliche Lage des Papstes gehalten haben. In Paris auf den Straßen hört man Spottlieder auf Lamoricière singen. — Drei Kriegsschiffe in Toulon haben Ordre nach Egypten erhalten. Wie es heißt, werden Maaßregeln zur Bildung eines Reservegeschwaders getroffen. — Im Vogesen-Courrier liest man: „Nach einem vom Kaiser genehmigten Plane sollen die Jahreskontingente künftig in zwei ziemlich gleiche Theile getheilt werden. Ein Theil davon tritt in die aktive Armee, der andere bildet die Reserve, bleibt vorläufig zu Hause und wird kantonsweise in Kompagnien von 120—130 M. alljährlich einen Monat lang in der Hauptstadt ihres resp. Bezirkes exerzirt." — In Brest soll eine Reiterstatue Napoleon's III. errichtet werden. Der Stadtrath hat 30,000 Fr. dafür ausgesetzt. — Die Kriegsverwaltung hat sehr bedeutende Terrains angekauft, um den Artilleriepark von Vincennes zu vergrößern. — Der Kaiser ist heute Morgens aus der Sologne zurückgekehrt. — Der Aufstand in Sicilien selbst scheint über großartige Mittel zu gebieten. Lebensmittel und Geld sind in Masse vorhanden, und man bezahlt den Freischaaren ihren Sold sehr regelmäßig. Die neapolitanische Regierung hat jedoch 150,000 Mann auf den Beinen, und wenn diese treu bleiben, so wird Garibaldi, der auf deren Uebergang gerechnet hatte, einen schweren Stand haben. — Bei Colmar hat man, kaum zwei Fuß tief, eine Münze Ludwig's des Frommen aufgefunden, welche auf der einen Seite ein Kreuz mit der Umschrift: HLVDOVVICVS IMP, und auf der andern Seite einen Tempel und zwei Kreuze mit der Umschrift: CHRISTIANA RELIGIO, zeigt.

— [Bedrückungen der Christen in Bosnien.] Wie man erfährt, motivirt Rußland seinen Antrag in Betreff der Türkei vorzüglich durch die Bedrückungen, welche die griechischen Christen in Bosnien zu erleiden haben, die aber freilich weniger der Pforte selbst, als den bosnischen Beys zur Last fallen, welche nach der Eroberung des Landes durch die Türken vom Christenthum zum Islam übergetreten sind, ihre feudalen Prvilegien erhalten haben und auf Grund derselben ihre christlichen Leibeigenen tyrannisiren. Es sollen in dieser Beziehung durch eine Untersuchung abscheuliche Dinge ans Licht gekommen sein. Es werden in Bosnien Frauen

und Mädchen geraubt und nach den türkischen Serails geschickt. Die Bauern, welche darüber bei dem Pascha von Travnick klagen, werden abgewiesen und, wenn sie sich nicht abweisen lassen, eingesperrt. Ganze Familien sind nach Bosna-Serai geschleppt worden und spurlos verschwunden. Waren sie entwischt und wieder gefangen, so trennte man die Frauen von den Familien, und den Männern schnitt man den rechten Daumen ab. Rußland verlangt unter diesen Umständen Reformen, welche die Pforte entweder nicht durchsetzen könne oder nicht durchsetzen wolle. Wenn es sich indessen blos darum handelte, die griechischen Christen gegen Ungerechtigkeiten zu schützen, so würden die europäischen Mächte vollkommen einverstanden sein, und es würde die orientalische Frage einen wenig bedenklichen Verlauf nehmen; allein die französisch-russischen Intentionen scheinen weiter zu greifen, obgleich die offiziösen französischen Blätter, wie gewöhnlich in solchen Fällen, eine beschwichtigende Sprache führen. So sagt heute der „Konstitutionnel“, man thue sehr Unrecht, die Ernennung des Marquis v. Lavalette zum französischen Gesandten in Konstantinopel mit seiner ersten Ambassade daselbst im Jahre 1852, die an die Frage der heiligen Orte sich knüpfte, in Verbindung zu bringen. Diese Frage sei von Herrn v. Lavalette nicht angeregt worden; er habe nur versucht, sie auszugleichen und zu lösen. (Pr. Z.)

Paris, 20. Mai. [Telegr.] Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Neapel vom 19. d. war der Ausgang des Gefechtes bei Calatafimi von keiner Entscheidung. Die Truppen sind nach Palermo zurückgekehrt, von wo zwei Kolonnen, eine jede 3000 M. stark, ausgezogen waren, um die Insurgenten zu verfolgen. Man schätzt die Zahl der mit Garibaldi vereinigten Eingebornen auf mehr als 6000 Mann. (S. oben die neuesten Tel.)

Italien.

Turin, 16. Mai. [Deputation aus Sassari.] Aus Sassari begab sich eine Gemeindedeputation mit dem dortigen Erzbischofe, dem Dekane und dem Professor Francesco Cossu nach Turin, um von der Regierung Wiederersetzung des Schadens, welchen die Armee der Diktatur dort verursachte, zu verlangen und die Wiedereinsetzung des seit April aufgehobenen Appellgerichtes und die Unterhaltung der Universität zu erbitten. Die Deputation selbst hegt nur geringe Hoffnung auf Erfolg und will sich eigentlich nur der Gesinnung der Regierung vergewissern. Sassari ist, wie zu bemerken, jene Stadt, welche Napoleon zum sardinischen Deputirten wählte. (N. M. Z.)

Turin, 17. Mai. [Garibaldi's Expedition; Feindseligkeit des Klerus; Oestreichs Rüstungen.] Wir sind ohne Nachricht aus Sicilien, und man glaubt, Garibaldi habe nach vollzogener Landung bei Marsala sich erst organisirt, ehe er einen Angriff gewagt. Nach anderen Gerüchten ist er mit seinen Schaaren vor Palermo angekommen. Man spricht auch von der Einrichtung einer Kanonengießerei, welche unter die Leitung von Oberst Orsini gestellt worden sein soll. — In Toscana und in der Emilia ist die Feindseligkeit des Klerus aus Anlaß des Statutfestes eine ganz offenkundige und sehr ausgesprochene gewesen. Es scheint, daß er nach gleichlautenden Weisungen gehandelt habe. — Man kümmert sich hier nicht viel um die Haltung Neapels, viel beunruhigter fühlt man sich durch Oestreichs Vorbereitungen. Abgesehen von den Truppenzusammenziehungen vor Verona hat man hier in Erfahrung gebracht, daß Lamoricière in seiner Armee ganze Bataillone (?) öftreichischer Soldaten habe. Neben den Eventualitäten, die sich an diese Vorbereitungen knüpfen, tritt alles Andere in den Hintergrund. (K. Z.)

Turin, 19. Mai. [Räumung der Lombardei; Verhaftung.] Die Räumung der Lombardei von französischen Truppen findet unaufgehalten statt. Bergamo wird bis 22. vollständig geräumt sein, das 6. und 8. französische Husarenregiment wird am 25. und 26. abmarschiren. — Der Erzbischof von Pisa wird wegen Nichtbefolgung der Befehle der Regierung gewaltsam nach Turin gebracht.

Genua, 17. Mai. [Verurtheilung.] Der Redakteur des „Cattolico“ wurde zu 6monatlichem Kerker und 300 Fr. Geldbuße verurtheilt, weil er gemeldet, daß sich am Bord des „Governolo“ 200,000 Fr. für das sicilianische Nationalkomité befanden.

Florenz, 14. Mai. [Zum sicilianischen Aufstande.] Ueber die nächste Veranlassung des sicilianischen Aufstandes hörte ich einen Führer der Sicilianer, welcher hierher versprengt wurde, sagen: der italienische Verein in Turin, an dessen Spitze jetzt Lafarina statt Garibaldi's steht, und welcher die piemontesische Regierung in seine unitarischen Plane und selbständig ausgeführten Unternehmungen zu verwickeln sucht, habe seit Jahr und Tag die Sicilianer bald zur Schlagfertigkeit, bald zur Ruhe aufgefordert; es sei gewesen wie in einer Badeanstalt, wo man durch Schraubendrehen bald heißes, bald kaltes Wasser schafft. Als aber die Führer der Sicilianer einmal zu weit gegangen waren, mußten sie losschlagen, um nicht verhaftet zu werden. Der Bürgerstand sei dazu ganz geneigt gewesen, weniger das niedere Volk, welches erst durch die Noth und die Blutthaten der Soldaten wild wurde. Die den Soldaten zugelassene Zügellosigkeit macht sie jetzt aber ihren Offizieren unbotmäßig und gefährlich; nicht bloß ein Major, welcher einer des Raubes verdächtigen Patrouille befahl, ihm zu folgen, soll erschossen worden sein. (K. Z.)

Nizza, 13. Mai. [Ein Schreiben Garibaldi's.] Daß sich Garibaldi in der Turiner Regierungsluft, so wie in den dortigen diplomatischen Zirkeln von Tag zu Tag unbehaglicher fühlte, geht ganz deutlich aus folgendem Schreiben hervor, welches er von Genua an einen seiner hiesigen Verwandten richtete:

Ich glaube nicht, daß ich hier noch lange bleiben werde. Alles drückt mich zu Boden, und mein Herz ist von tiefer Trauer erfüllt. Die Begegnungen gewisser Menschen, die sich brüsten, Italien „befreit“ zu haben, ist mir unerträglich! Ich kann nicht ihr Freund und Verbündeter sein, denn sie sind das Unglück Italiens und Europas. (Diese Worte scheinen gegen die Franzosen gerichtet, gegen welche Garibaldi stets einen unbesiegbaren Widerwillen hegte.) Sie haben mich um meine Heimath, um meine Geburtsstätte betrogen, und ich muß es mit tiefem Schmerz bekennen, daß ihnen dabei eine italienische Regierung hülfreiche Hand geleistet! Gott möge es der letzteren verzeihen! Sie wird nur zu bald einsehen, daß ich Recht gehabt, daß diese Politik keine offene, ehrliche und italienische sei. Ich für meinen Theil habe keinen Ehrgeiz, keine Hintergedanken. Wenn ich eine Stelle oder einen Grad annahm, der vielleicht mit meiner Einfachheit und schlichten Denkweise im Widerspruche steht, so geschah es nur deshalb, um meinem Vaterlande und der Befreiung Italiens nützen zu können. Die Ereignisse der letzten Monate haben meiner Voraussicht Recht gegeben, ja, es geschahen noch Dinge, die ich, offen gestanden, niemals träumte. Ich bin wohl schon alt und kurzsichtig, namentlich in Sachen der Politik und Diplomatie! Was wird mir nun übrig bleiben? Ich werde eine Sphäre verlassen, in der ich mich nicht heimisch fühle, die mir im tiefsten Grunde der Seele widerwärtig ist. Ja, ich werde das bald, recht bald thun. Dann werde ich wieder frei aufathmen, wie ein Gefangener, der Gottes freie Luft begrüßt! Aber die wahren, ehrlichen Patrioten Italiens werden stets und in jedem Augenblick auf mich rechnen können. Ich werde nicht um die Wahrscheinlichkeit des Gelingens einer Unternehmung fragen, mit der man oft so billig den Ruhm kauft. Mir genügt es, wenn eine Sache für Italien gilt, und wären dabei auch tausend Gefahren zu bestehen. Ich habe ohnedies nur Einen Wunsch: für das Vaterland zu sterben. Vielleicht werde ich die Gefahr und das Schicksal bald, ja recht bald versuchen. Es lebe das Vaterland! Genua, 25. April 1860. Garibaldi.

Bologna, 13. Mai. [Verhaftungen.] Diesen Morgen ist der erzbischöfliche Provikar Monsignor Ratta verhaftet und nach Alessandria abgeführt worden. Er ist beschuldigt, den Pfarrern das Absingen des Tedeum beim Verfassungsfeste untersagt zu haben. Man ließ Geistliche aus den benachbarten Provinzen zur Abhaltung der kirchlichen Feier kommen. Es heißt, daß auch der Kardinal Vanicelli in Ferrara verhaftet wurde.

— [Der Aufstand auf Sicilien und die Garibaldi'sche Expedition.] Die neapolitanische Regierung hat seit Ausbruch der sicilianischen Bewegung sich eines solchen Trugsystems befleißigt, daß ihre gesandtschaftlichen Depeschen, wie die Berichte ihrer amtlichen Organe nur schwer Glauben finden. Die „Indépendance Belge“ meint, die Siegesbotschaft der neapolitanischen Truppen (s. gestr. Z.) sei nur mit Vorbehalt aufzunehmen und die Bestätigung abzuwarten. Wir wollen uns für heute mit der Bemerkung begnügen, daß Calatafimi, der Ort, wo der Sieg errungen sein soll, eine Lage hat, die zu den neuesten Depeschen, wie ein Blick auf die Karte zeigt, durchaus nicht paßt. Die Hauptorte von Marsala nach Palermo sind der Reihe nach: Calatafimi, das mit Marsala und Trapani ein Dreieck bildet, dann Alcamo, Monreale und endlich Palermo. Nun wird aber aus Palermo, 16. Mai, telegraphirt, daß die Garibaldi'sche Legion am 15. in Alcamo stand und ein Gefecht in Pioppo stattgefunden hatte, worin die königlichen Truppen zurückgeschlagen wurden. Wenn die Insurgenten in Calatafimi aufs Haupt geschlagen wurden, wie konnten sie dann auf Alcamo vorrücken? Es wird aus Palermo, 16. Mai, ferner gemeldet: „Der Belagerungszustand wurde in Palermo hergestellt. Verstärkungen von königlichen Truppen trafen ein. Auf einer andern Seite Siciliens sind andere Banden von Flüchtlingen gelandet.“ Die „Morning Post“ vom 19. Mai hat Nachrichten, daß Garibaldi's Freiwillige auf Palermo vorgerückt seien, jedoch noch kein ernstes Gefecht stattgefunden habe. Berichte aus Messina, 14. Mai, die in Genua am 18. eintrafen, melden, daß der Befehlshaber des sardinischen Kriegsdampfers „Governolo“ in Messina ans Land ging und von der Bevölkerung mit lebhaften Beifallsbezeigungen begrüßt wurde. In Messina war der Stand der Dinge an diesem Tage so, daß der General Russo, der in Messina kommandirt, dem neapolitanischen General Riveira, der ihn um Verstärkungen gebeten, die Antwort ertheilt hatte, er müsse ihm das Ansuchen abschlagen, da er von seiner Besatzung in Messina keinen Mann entbehren könne. In Turin wollte man am 19. wissen, die neapolitanische Regierung biete den Sicilianern, wenn sie ihre Sache von der Garibaldi's trennen wollten, den Grafen von Trani zum Vizekönig an, sage Amnestie zu (s. gestr. Ztg.) und verheiße, wenn die Ruhe gänzlich hergestellt sei, den Bau von Eisenbahnen, so wie andere materielle Verbesserungen. In Neapel hat der Hof in der Angst vor einem Aufstande an diejenigen Lazzaroni, welche der Regierung ergeben sind, Brot und Wein vertheilen lassen. Der wohlhabendere Theil der Bevölkerung lebte in großer Besorgniß, weil man der Regierung zutraute, sie werde, wie sie in Palermo „dem Aufstande zuvorzukommen“ gewußt, auch in Neapel eine Bewegung dadurch zu durchkreuzen suchen, daß sie die Lazzaroni Plünderscenen vornehmen lasse. In den Abruzzen herrscht noch Ruhe, jedoch weniger in Folge der Truppenmassen, welche auf allen wichtigen Punkten aufgestellt sind, als in Folge einer Maaßregel der sardinischen Regierung. Garibaldi hatte an mehreren Punkten der toscanischen Küste kleine Abtheilungen seiner Freiwilligen mit der Weisung an das Land gesetzt, sie sollten durch den Kirchenstaat nach den Abruzzen ziehen und, nachdem sie sich in jenem verstärkt hätten, in diesen die Bewegung gegen Neapel organisiren. Die Turiner Regierung ließ, wie schon angedeutet worden, diese Freiwilligen, bevor sie römisches Gebiet berührt hatten, aufheben, entwaffnen und wieder nach Genua zurückbringen. Aus Calabrien fehlt es an allen Nachrichten. Um über die Stellung der sardinischen Regierung zu der Garibaldi'schen Expedition keinen Zweifel mehr zu lassen, bringt die Turiner „Gazzetta Ufficiale del Regno“ einen Artikel, worin den Verdächtigungen entgegengetreten und erklärt wird: „Die königliche Regierung hat die Garibaldi'sche Expedition mißbilligt und dieselbe durch alle Mittel, welche die Klugheit, sowie die Gesetze gestatteten, zu verhindern gesucht. Die sardinische Marine erhielt Befehl, sich der Ausschiffung zu widersetzen; dieselbe konnte jedoch nicht einschreiten, wie die neapolitanische Marine, die in den sicilischen Gewässern kreuzte. Europa weiß, daß die königliche Regierung aus ihrer Fürsorge für das italienische Vaterland kein Geheimniß macht; im Gleichen kennt und achtet aber auch die königliche Regierung die Grundsätze des Völkerrechtes, und sie hält es für ihre Pflicht und Schuldigkeit, denselben in dem Staate, dessen Sicherheit ihrer Verantwortlichkeit anvertraut wurde, Achtung zu verschaffen.“ Da Toscana vorläufig noch „gewissermaßen“ seine eigene Verwaltung hat, so hatte Garibaldi, um Cavour's Stellung nicht noch mehr, als sich durchaus nicht vermeiden ließ, zu erschweren, es vorgezogen, seine Expedition auf toscanischem Gebiete, in Talamone, erst förmlich zu organisiren. Hierauf bezieht sich die Schlußbemerkung der amtlichen Erklärung.

Spanien.

Madrid, 17. Mai. [Einzug der afrikanischen Armee; Bestrebungen der Reaktion; Vermischtes.] Der Einzug der afrikanischen Armee in Madrid am 10. Mai war überaus glänzend. Alle Klassen der Bevölkerung betheiligten sich an der Feier. Die Ovationen, Lorbeerkränze und Blumensträuße nahmen kein Ende: alle Gärten von Valencia, der „Blumenstadt“ waren in Kontribution gesetzt und die Königin hatte die Blumen der Gärten von Aranjuez den Stadtbehörden zur Verfügung gestellt. Der Einzug erfolgte durch das Thor von Atocha. Den Zug eröffneten die verwundeten Offiziere in Kaleschen, welche die Aristokratie gestellt hatte. Es folgte Marschall Odonnell, umgeben von einem glänzenden Stabe. Das erste Korps führte General Echaguë, das zweite General Prim, das dritte General Ros de Olano. Abends war die Stadt glänzend beleuchtet und am folgenden Tage ein Stiergefecht. — In diese Freude scheinen sich jedoch einige Wermuthstropfen zu mischen. Die Journale sprechen fortwährend von einer dynastischen Fusion, die den Sturz des Ministeriums Odonnell und die Einführung eines mehr oder weniger absolutistischen Regime's zur Folge haben würde. Wie die „Indép.“ aus einer Quelle erfährt, die sie als eine streng authentische bezeichnet, waren bei der letzten Verschwörung mit zwei Ausnahmen alle Erzbischöfe und Bischöfe des Königreichs nebst dem päpstlichen Nuntius betheiligt. Es kann das nicht Wunder nehmen, da die Königin die Bischöfe aus einer Liste ernennt, welche der Nuntius präsentirt und in der nur die eifrigsten Anhänger des Don Carlos Platz finden. Bekanntlich sind auch die Proteste der hohen Geistlichkeit gegen die Konspiration Montemolin's erst sehr spät und erst dann gekommen, als der päpstliche Nuntius, Mgr. Barili, sie nothwendig fand und dazu aufforderte. Unter diesen Umständen und bei den weiten Verzweigungen der Verschwörung hat Odonnell eine allgemeine Amnestie für nothwendig und politisch gehalten, um nicht eine allzugroße Zahl von Personen strafen zu müssen. Aber es wird bezweifelt, ob er auf die Dauer den Bestrebungen der Geistlichkeit und der Reaktion wird widerstehen können. Schon soll eine gewisse Anzahl progressistischer Deputirten beschlossen haben, zwar Odonnell nicht zu bekämpfen, aber in der Frage der Amnestie und des Konkordats der Abstimmung sich zu enthalten, und es wäre möglich, daß Odonnell, wenn die Majorität, auf die er zählt, durch diese Abstention der Progressisten erheblich geschwächt wird, seine Entlassung einreicht, die als ein Unglück für das Land betrachtet werden müßte. — Die Unruhen in Alcala sind durch den Versuch von 300 Zuchthausgefangenen herbeigeführt worden, welche nach Madrid entfliehen wollten, indessen durch die bewaffnete Macht nach blutigem Kampfe überwältigt wurden. — General Concha ist zum Präsidenten des Senats ernannt worden. — Die „Gaceta“ veröffentlicht eine Ordonnanz der Königin, welche den General Dulce zum Marquis von Castellflorite ernennt. — Die „Correspondencia“ dementirt die Gerüchte von einem Bürgerkriege in Marokko. — Der „Agence Havas“ zufolge spricht man in Madrid von einer aus Neapel eingetroffenen telegraphischen Depesche, worin der König Franz II. sich in bedenklicher Lage befindlich erklärt und um auswärtige Hülfe bittet.

Rußland und Polen.

Petersburg, 12. Mai. [Die Verwickelungen im Orient; die Mäßigkeitsagitation.] Größeres Interesse wie alle westeuropäischen Angelegenheiten nimmt jetzt die Lage der Türkei in Anspruch. Sowohl die „Nord. Biene“, als die russische „Petersburger Zeitung“ haben seit einiger Zeit Korrespondenten in Konstantinopel, welche den dortigen Ereignissen mit Aufmerksamkeit folgen und sie, wie sich leicht denken läßt, in nicht zu freundschaftlichem Geiste beurtheilen. Unter seiner Rubrik: „Slavische Länder“, bringt das letztere Blatt neuerdings wieder eine Korrespondenz aus Saraojewo, in welcher die Rüstungen der Türkei als sehr bedenklich geschildert werden und über den wachsenden Einfluß Oestreichs lebhaft Beschwerde geführt wird. Was die ersteren betrifft, so soll in Bosnien eine neue Aushebung von Baschibozuks stattgefunden haben, bei welcher auf jedes Haus (es giebt deren 50,000 türkische (die christliche Bevölkerung ist bekanntlich von der Aushebung verschont) ein Mann kommt. Das Hauptquartier der rumelischen Armee sollte (Ende März) von Bitolia nach Pristina in Alt-Serbien, nahe dem Schlachtfelde von Kossowo, verlegt werden. Die Proviantverwaltung hatte 3 Mill. Oka Weizen angekauft, und den Truppen war der Sold für das letzte Jahr ausgezahlt worden, eine unerhörte Pünktlichkeit. Aus dem den östreichischen Einfluß betreffenden Theil des Berichts geht hervor, daß alle Handelsbeziehungen Bosniens ausschließlich auf Oestreich gewiesen sind (was freilich in der Natur der Dinge begründet ist). Es wird hauptsächlich betont, daß die östreichischen Agenten überall Einfluß zu gewinnen suchten, und daß die Ertheilung von Unterthanenschafts-Zeugnissen mit der größten Freigebigkeit erfolge. Die Bosnier reisen nach Imoska (in Dalmatien), erklären dort vor der Polizei, daß sie östreichische Unterthanen werden wollen, und erhalten hierauf Pässe, mit denen sie zurückreisen und der türkischen Obrigkeit keine Anzeige machen, sondern sie nur den östreichischen Agenten vorzeigen (natürlich um erst vorkommenden Falls davon Gebrauch zu machen). — Die Mäßigkeitsagitation ist im Sinken begriffen, und der Einfluß der Pächter hat mit Hülfe der ländlichen Obrigkeit fast überall gesiegt. Nur in Wilna und Kowno hat die Agitation, Dank der Unterstützung der katholischen Geistlichkeit, einen vollständigen Sieg davon getragen, und in Archangel haben die Pächter sich „verspekulirt“ und Bankerutt gemacht. Ein hiesiges Blatt bespricht den Zustand sehr offen und führt sogar einige Fälle an, wo durch den Einfluß der Lokalobrigkeiten die Bauern geradezu gezwungen wurden, die Schenken wieder zu besuchen und den gethanen Gelübden untreu zu werden. (Schl. Z.)

— [Evangelisches Hospital.] „Weitere Nachricht von dem evangelischen Hospitale“, heißt ein kleines Flugblatt, das erfreuliche Nachricht giebt über den Fortgang des Unternehmens. Bis zum 20. März waren 53 Kranke in dem Hospitale verpflegt worden, darunter 42 Evangelische, 4 Katholische und 7 Griechische. Es hatten sich auch einige Wittwen und Jungfrauen mit dem echten Sinne christlicher Pflegerinnen gefunden, welche dem geistigen und leiblichen Zweck des Hospitals dienten für Nahrung, Kleidung und Gotteslohn. Die noch immer recht beschränkten Mittel der Anstalt waren durch zwei Stiftungen zu je 100 und eine zu 200 Rubel jährlich vermehrt worden; auch wollte die Katharinen- und die holländische Gemeinde je 100 R. jährlich beisteuern. (N. P. Z.)

Dorpat, 10. Mai. [Zur Universität.] Der ordentliche Professor der Exegese und orientalischen Sprachen, Dekan der theologischen Fakultät, Staatsrath und Ritter Dr. Heinrich Kurtz, ist nach 25 Dienstjahren im Lehrfache auf neue fünf Jahre im Dienste bestätigt worden. — Der ordentliche Professor der Astronomie und Direktor der Universitäts-Sternwarte, Wirkl. Staatsrath und Ritter Dr. Mädler, ist durch Allerhöchsten Tagesbefehl vom 25 März auf 29 Tage außer den Sommer-Ferien nach Spanien „abkommandirt“ worden, um die am 18. Juli stattfindende allgemeine Sonnenfinsterniß in Vittoria beobachten zu können. Gleichzeitig wurde ihm eine Reisesumme von 1250 R. S. aus dem Reichsschatze bewilligt. — Für den (durch den Tod des Prof. Dr. Tobien erledigten) Lehrstuhl des russischen Rechts ist vom Minister der Volksaufklärung nach vorangegangener Wahl und geschehener Präsentation Seitens des Konseils der Universität als stellvertretender außerordentlicher Professor bestätigt worden der im Departement des

Ministeriums der Volksaufklärung dienende Magister Johannes Engelmann.

Warschau, 16. Mai. [Begnadigungen] polnischer Flüchtlinge und Exilirter sind in der letzten Zeit wieder häufiger geworden. Das heutige Regierungsblatt enthält die Heimkehrserlaubniß für neun „Ausgewanderte".

Türkei.

Konstantinopel, 9. Mai. [Marseiller Depeschen.] Es ist noch immer von 60,000 Mann Russen in Bessarabien die Rede. — In Epirus wird agitirt. Die Besorgniß ist übrigens in allen Provinzen des Reiches allgemein. Die Forderungen der serbischen Deputation steigern sich. Rußland unterstützt, Oestreich bekämpft sie; England und Frankreich verhalten sich dabei abwartend. — Riza Pascha hat abermals abgelehnt, Großvezir zu werden. — In der französischen Kapelle zu St. Maria in Pera ist ein Requiem zu Ehren des Grafen Szechenyi gesungen worden; Ungarn, Italiener, Polen, viele Franzosen und katholische Armenier wohnten demselben bei.

Konstantinopel, 12. Mai. [Triester Depeschen.] Der französische Gesandte, Marquis de Lavalette, bringt, sagt man, eine Note seiner Regierung, welche die Ausführung des Hatti Hümajum fordert. — Die Bulgaren verlangen durch eine Monstre-Petition ihre vollständige Trennung von der orthodoxen Kirche. — Gegen den ehemaligen ersten Kammerherrn des Sultans Osman Pascha ist wegen Unterschlagung von mehr als 28 Millionen Piaster eine Untersuchung eingeleitet und sein Vermögen unter Sequester gestellt worden.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

Berlin, 21. Mai. [36. Sitzung.] Im Herrenhause wurde heute die Feststellung des Staatshaushaltsetats in allen Positionen und unter Annahme sämmtlicher Kommissionsanträge genehmigt. Ferner werden fast ohne Debatte angenommen: die Gesetze über Erlaß eines vollständigen Zolltarifs, über erleichterten Austausch einzelner Parzellen von Grundstücken, über die Errichtung von Rentenbanken und endlich der Vertrag mit der nassauischen Regierung, so wie das Gesetz, betreffend die Uebernahme einer Zinsgarantie für den Bau einer festen Rheinbrücke bei Koblenz und einer Eisenbahn von Ehrenbreitenstein nach Horchheim. — Durch eine mit Rücksicht auf die Geschäftsordnung eingetretene Verzögerung kann die neueste Militärvorlage erst morgen auf die Tagesordnung gesetzt werden; es dürfte demgemäß der Schluß der Session erst am Donnerstag erfolgen.

— Die 16. Kommission berichtet über die Gesetzentwürfe, betr. den außerordentlichen Geldbedarf der Militärverwaltung für die Zeit vom 1. Mai d. J. bis zum 31. Juni 1861 und 2) betr. die Forterhebung eines Zuschlags zur klassifizirten Einkommensteuer, zur Klassensteuer, zur Mahl- und Schlachtsteuer. Berichterstatter Dr. Götze. (Sämmtliche 15 Mitglieder der Kommission haben an den Befreiungskriegen Theil genommen.) Die Kommission ist der Ansicht, daß sich das Herrenhaus diesen Vorlagen gegenüber in einer eigenthümlichen Lage befindet. Die Vervollständigung der Kriegsbereitschaft, so wie die Erhöhung der Streitbarkeit des Heeres soll nach der Richtung der Ansichten und Absichten erfolgen, welche in den ersten Militärvorlagen ausgesprochen sind, welche aber bis jetzt noch nicht zur Prüfung des Herrenhauses vorliegen, so daß dasselbe einen Kredit von 9 Millionen votiren soll, ohne in der Lage zu sein, die Fundamente der Bewilligung anzuerkennen, es soll den Kredit bewilligen in Konsequenz eines Planes, den das Herrenhaus noch nicht zu berathen Gelegenheit gehabt hat. Das Versprechen der Regierung in Betreff dieser Vorlage wird in Bezug auf den einen von ihr angeführten Grund — die Sitzungsperiode nicht über das Maaß auszudehnen — für richtig anerkannt. Was aber den zweiten Grund angeht, wonach durch die im Herrenhause erfolgte Ablehnung der Grundsteuergesetze die Durchführung der Heeresorganisation in weitere Ferne gerückt sein soll, so ist derselbe nach der Ansicht der Kommission in seiner Grundlage nicht richtig und in seinem Resultate nicht gerecht; nicht richtig, weil die Regierung, wenn die Grundsteuervorlagen genehmigt worden wären, diese einstweilen gar keine Mehreinnahme gebracht, und die Regierung sich alsdann in einer schlimmen Lage befunden hätte, ungerecht, weil die Regierung über die Bereitwilligkeit des Hauses, Geld zu der Armeeorganisation herzugeben, keinen Augenblick in Zweifel sein konnte. Uebrigens hätte dieser Grund nicht bei dem Provisorium, sondern nur bei dem Definitum in Rücksicht kommen können, worauf der Finanzminister entgegnete, daß ein Zusammenhang zwischen der Grundsteuer und dem Provisorium niemals behauptet worden sei. Jene Exposition der Regierung hat demnächst, und dies in unerwarteter Weise, eine Nachfolge noch viel bedenklicherer Natur gefunden. Der Kommissionsbericht im andern Hause hat es für zuläßig erachtet, auch seinerseits über die vom Herrenhause seinen künftigen Beschlüssen, dortiger Ansicht nach, zu gebende Richtung Andeutung zu machen. Es ist wohl ohne Beispiel in der Geschichte parlamentarischen Lebens, daß eine Abtheilung der politischen Körperschaften sich in solcher Weise zu der andern in Beziehung zu setzen sucht. Die Kommission konnte dies nicht unerwähnt lassen, empfiehlt aber dem Herrenhause, seinerseits nicht weiter auf die Sache einzugehen. Da, wo die Treue des Hauses gegen die Krone und seine sorgsame Fürsorge für die Ehre und die politische Stellung des Landes in Fragen von so gewichtiger Art in Anspruch genommen wird, soll sich kein Mißton mischen. Bisher hat ja überdies das Herrenhaus alle ihm entgegentretenden derartigen Manifestationen, von welcher Seite sie auch gekommen, vollständig ignorirt. — Die Zustimmung zu der Vorlage sei zwar als ein Vertrauensvotum für das Ministerium in Anspruch genommen worden, die Kommission will aber auf die sachliche Rechtfertigung der Vorlage ihre Entschließung gründen. Zwei Gedanken waren bei der Erörterung leitend: zunächst das Bedürfniß der Verstärkung des stehenden Heeres überhaupt und sodann die Erwägung, daß die in Beziehung auf die Armee vorzugsweise wichtigen und unerläßlichen Prärogative des Kriegsheeres nicht etwa irgendwie durch eine gesetzliche Maaßnahme beengt würden. Man mußte sich also das Ziel vergegenwärtigen, welches bei den Militärvorlagen ins Auge gefaßt worden war, und es kam darauf an, zu prüfen, ob der geforderte Kredit unter der Voraussetzung genehmigt werden darf, daß er die Ausführung der Bestimmung jener Gesetzesvorlagen vom 9. Februar vorbereitet, anbahnt und, so weit die jetzt bestehenden Gesetze dies zulassen, beginnt. Einstimmig ward das Grundprinzip, auf welches die Hauptvorlage vom 9. Februar gebaut ist, als richtig anerkannt; als Hauptfundament ihrer Zustimmung galt aber der Ausspruch in der Thronrede, daß der neue Plan „reiflichst erwogen" worden sei, daß also das geltend gemachte Bedürfniß gewiß ein unabweisliches und die gewählten Mittel der Abhülfe in militärischer Hinsicht die besten und deshalb gleichfalls unabweislich sind. Was nun die Höhe der geforderten Summe betrifft, so erklärt sich der Umstand, daß kein detaillirter Etat aufgestellt ist, aus der Kürze der Zeit, und auch die Deckungsmittel geben zu ernsten Bedenken keinen Anlaß, wohl aber zu einer Erklärung des Finanzministers, daß man den Zuschlag auf 25 Proz. habe lassen müssen, weil es bedenklich sei, Steuerzuschläge herabzusetzen, da sie doch nach aller Aussicht nach dem 30. Juni k. J. wieder würden erhöht werden müssen. Die Kommission legt dem Worte „einstweilig" im §. 1 keine Bedeutung bei. Die Bewilligung der 9 Millionen ist eine einmalige, und der Zweck der Aufrechthaltung und Vervollständigung der fraglichen Maaßnahmen wird dadurch nur bis zum 30. Juni k. J. möglich gemacht. Für eine spätere Zeit wird kein Zuschuß bewilligt, und von einer Fürsorge für weiter fortlaufende Maaßregeln ist dabei nicht die Rede. Gerade aber, weil der Zusatz den Sinn des Paragraphen nicht alterirt, ist auch seine Beibehaltung nicht bedenklich. Sonst gaben die beiden Gesetzentwürfe zu keiner Bemerkung Anlaß, und schlägt die Kommission vor, denselben, wie sie aus den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen sind, die Genehmigung zu ertheilen. Von einem Mitgliede der Kommission ward der Antrag auf eine Resolution eingebracht; dasselbe hebt hervor, daß, wenn sich die Kommission auch mit dem Inhalte der Vorlagen vom 9. Februar seiner Grundrichtung nach einverstanden erklärt habe, in Bezug der Form des Einbringens dennoch nicht unerhebliche Bedenken obwalten; so sei der §. 7, die Landwehrübung betreffend, geeignet, die Prärogative des Kriegsherrn zu beengen, so habe die Regierung, indem sie in §. 6 wiederholt, was seit 1814 bereits gesetzlich feststeht, die Prüfung provozirt, ob nicht eine zweijährige Dienstzeit genüge, und sich damit Verlegenheiten bereitet. Die Kommission glaubt, daß es dem Herrenhause ein Bedürfniß sein werde, sich klar und bestimmt über seine Stellung zu dem sehr wichtigen Plane einer gründlichen Armeereorganisation auszusprechen, und da wegen der Kürze der Zeit eine feierlichere Weise dieser Aussprache sich nicht empfiehlt, so beantragt sie die Annahme der Resolution, also lautend: „Das Herrenhaus hat nur mit Befriedigung entnehmen können, daß die Regierung Entschließungen gefaßt hat, welche zur wesentlichen Kräftigung des Heeres zu führen geeignet sind, und hofft mit Zuversicht, daß sie auf diesem Wege beharren und alle zur Reorganisation des Heeres erforderlichen Maaßregeln energisch in Ausführung bringen, zu diesem Behufe auch in so weit, als dieselben nicht schon kraft der Prärogative des Kriegsherrn durchgeführt werden können, die erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen seiner Zeit einbringen werde." — Eine Petition aus dem Weissenseer Kreise ist als erledigt anzunehmen; über eine zweite, welche verlangt, daß die Ueberschüsse des Etats ganz zur Verwendung für die Armee kommen, und der Zuschlag nur bis zum 1. Juli d. J. erhoben werden solle, wird der Uebergang zur Tagesordnung vorgeschlagen.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 21. Mai. [55. Sitzung.] Das Abgeordnetenhaus debattirte in seiner heutigen Sitzung über die Denkschrift, betr. die Verwendung des im vergangenen Jahre bewilligten Kredits von 30 Millionen Thlrn. und über den Gesetzentwurf wegen des Restbestandes von den für die Militär- und Marineverwaltung bewilligten Geldmitteln. Zur allgemeinen Diskussion nimmt zunächst das Wort der Abg. Mathis (Barnim): Ein Gedanke, welcher Volk und Land bewege, müsse heute von der Tribune geäußert werden. Dieser Gedanke lehne sich bei dem Blicke auf das Ausland an die jetzt im Werke begriffene Allianz zwischen Frankreich und Rußland. Es erhelle, daß das Bündniß beunruhigend für Europa sei, weil man es hervorgegangen erachte aus der zweckmäßigen Benutzung der brennbaren Stoffe, welche schnell den ganzen Welttheil in Flammen setzen könnten. Dem gegenüber hält der Redner für gefährlich, mit geschlossenen Augen und gekreuzten Armen passiven Widerstand zu leisten; er hält es für nothwendig, daß, wenn sich überall in Europa Truppen zusammenziehen, auch Preußen sein Kontingent stelle; er häll es für geboten, daß, wenn Preußen Allиancen sucht, sein Blick nur nach England gerichtet sein müsse, mit welchem Staate Prenßen, nach Vermittelung einer offenen, klaren und festen Politik in allen Weltfragen zusammenzustehen habe; endlich wünscht der Redner, daß eine Meinung gründlich dargelegt werde, nämlich ob es je dahin kommen könne, daß das Land auch nur ein Dorf seines jetzigen Besitzstandes aufgeben könne, um sich durch den Raub eines Bruderstaates entschädigen zu lassen. Eine solche Politik Preußens würde als ehrlos gebrandmarkt werden und den Fluch der Nation auf sich ziehen. — Abg. Kühne (Erfurt): Heute scheint es am Orte und an der Zeit, darauf hinzuweisen, daß Preußens Thron auf Legitimität gegründet sei, und Preußen die Pflicht und den Beruf habe, einzutreten für die Erhaltung und gegen den Umsturz der legitimen Throne im Verein mit Deutschlands Fürsten und Völkern, mit Oestreich, denn es sei jetzt nicht Zeit zu Hader und Groll mit der andern deutschen Großmacht, sondern zum Aufgeben jeden Grolls und Haders. Mit diesen Gedanken sehe der Redner der Erledigung der Debatte entgegen. — Hiermit schließt die allgemeine Diskussion. Eine Erklärung des Ministers des Auswärtigen erfolgt nicht. — Im Plenum findet eine weitere Debatte nicht statt, und es werden einstimmig folgende Anträge angenommen: I. Die durch §. 3 des Gesetzes vom 21. Mai 1859 der Staatsregierung auferlegte Verpflichtung ist durch die mittelst Ermächtigung vom 24. März 1860 dem Hause vorgelegte Denkschrift als erledigt zu erachten. II. Die in der Summe von 28,453,977 Thlr. 1 Sgr. 6 Pf. nachgewiesenen außerordentlichen Ausgaben der Militär- und Marineverwaltung sind, vorbehaltlich der speziellen Revision der Rechnungen für 1859, als gerechtfertigt anzuerkennen. — Endlich wird der Gesetzentwurf über die Verwendung des Restbestandes des Kredits vom vorigen Jahre zu den außerordentlichen Ausgaben der Militär- und Marineverwaltung angenommen.

Die zweite Nummer der Tagesordnung ist der Bericht über Petitionen, die Regulative vom 1., 2. und 3. Oktober 1854 betreffend. Zur Generaldiskussion nimmt das Wort Abg. Diesterweg, natürlich gegen die Regulative: Die Masse von Petitionen für die Regulative sind keineswegs ein Ausdruck der Nation; man mag nur nicht vergessen, daß sie durch Agitationen zu Stande gekommen sind, und an der Spitze der Petitionen stehen Kirchenpatrone, Pastoren, welche die Lehrer zur Unterschrift gleichsam zwangen, die Lehrer also zur Heuchelei verführten. Nun, da der Minister von den Agitationen Kenntniß genommen, wird er sicher den Diakonen und Pastoren den Text lesen. Der Redner geht mit gewohnter Schärfe auf die Einzelnheiten ein; tadelt an dem Katechismus, daß da Dinge den Kindern gelehrt werden, welche Haß und Uneinigkeit hervorbringen und die Einigkeit Deutschlands untergraben. Ohne Anträge zu stellen, spricht er nach 5/4 stündiger Rede sein Verdammungsurtheil über die undeutschen, unzweckmäßigen, unzeitigen, reaktionären, verfassungswidrigen Regulative aus. (Bravo.) — Abg. Techow erklärt sich für die Kommissionsanträge, Abg. Taddel dagegen (es sind kaum 120 Mitglieder im Saale anwesend). — Ein vom Abg. Denzin eingebrachter Antrag auf Schluß wird zur Abstimmung gestellt; es haben sich noch zum Worte gemeldet 6 Redner für und 3 gegen die Kommissionsanträge. Vorher nimmt noch das Wort der Minister v. Bethmann-Hollweg, um die Stellung der Regierung zu den Anträgen zu kennzeichnen; für Nr. 1 muß sich der Minister erklären; es wird damit dem Schulwesen ein großer Dienst erwiesen und große Beruhigung gegeben allen den zahlreichen Petenten. Ein Festhalten an den Prinzipien schließt Verbesserungen nicht aus, und so ist der religiöse Memorirstoff bereits beschränkt worden. Gegen den Schlußantrag Nr. 2 der Kommission hat der Minister ebenfalls nichts einzuwenden; in Betreff des 3. Antrags, so mag eine Steigerung der Leistungen in den Schullehrerseminaren, sowie der Anforderungen an die Präparanden, wünschenswerth erscheinen, sie sei aber unnöthig; ein Unterrichtsgesetz muß, das ist dringend nothwendig, recht bald erlassen werden, aber es ist nicht möglich, zu versprechen, daß dasselbe schon in der nächsten Session wird vorgelegt werden; aber das verspreche ich, daß in meinem Ministerium sofort gearbeitet werden wird, als sollte das Gesetz schon in der nächsten Session vorgelegt werden. (Bravo.) — Der Schluß der Diskussion wird angenommen. — Ein Abänderungsantrag des Abg. Taddel, anstatt der Worte: wenn irgend möglich, zu setzen: zuverlässig, wird abgelehnt. Die drei Kommissionsanträge werden mit großer Majorität angenommen.

Es folgt der Bericht der Justizkommission, betreffend die Rechtspflege bei dem Obertribunal. — Der Justizminister kann nicht umhin, sich über den ersten Antrag der Kommission näher auszusprechen, ist aber bei der Unruhe im Hause kaum zu verstehen. Der Minister bleibt dabei stehen, daß die Anordnung sub Nr. 3 der Ordre de 1852 lediglich reglementarischer Natur sei, da sie nur das Innere des Geschäftsverkehrs bei dem Obertribunal betreffe und nach Außen hin nicht wirksam sei. Als reglementarische Anordnung werde sie ausdrücklich bezeichnet in dem Votum der beiden Justizminister vom 22. März 1832, wo aus diesem Grunde sie für die zu beantragenden Bestimmungen die Formen der Gesetze und somit das Gutachten des Staatsraths nicht erforderlich halten. Ist diese Ordre dennoch in die Gesetzsammlung aufgenommen worden, weil einzelne Bestimmungen dies als nöthig erscheinen ließen, so benimmt dies doch mehreren anderen nicht den Charakter der reglementarischen Bestimmungen, als welche sie immer behandelt worden sind. Im Uebrigen erklärt sich der Minister mit dem Kommissionsberichte überall einverstanden und versichert, daß die Gesetzgebung über die Rechtsmittel der Revision und der Nichtigkeitsbeschwerde in diesem Augenblicke schon Gegenstand von gutachtlichen Erörterungen geworden ist. (Bravo.) — Abg. Dr. Gneist ist nicht der Meinung, daß man aus einer Kabinetsordre einen Passus herausnehmen und diesen für eine reglementarische Anordnung erklären könne. Der Kommissionsantrag ist verfassungsmäßig nothwendig. An der Debatte betheiligen sich noch die Abgg. Kühne (Erfurt), v. Ammon, der Justizminister und der Berichterstatter Abg. Rohden. Das Haus nimmt die Anträge der Kommission mit großer Majorität an. — Das Haus beschäftigt sich nunmehr mit Petitionen, welche die Agrarverhältnisse betreffen (alle Anträge der Kommission werden angenommen), und geht zuletzt zur Berathung über den Entwurf, betreffend die Errichtung von Berghypotheken-Kommissionen bei den Oberbergämtern. Der Handelsminister erklärt, daß der Gegenstand besser unerledigt bleiben möge, dann würde die Regierung in der nächsten Session einen Entwurf einbringen, wobei die Berathungen des Kommissionsberichts berücksichtigt werden würden. Abg. Immermann wünscht die Absetzung des Berichts von der heutigen Tagesordnung. Die Majorität des Hauses schließt sich dem an. Nächste Sitzung Dienstag den 22. d. Auf der Tagesordnung: Wahlbezirksgesetz, Grundsteuer und ein Antrag Reichenspergers, auf die Grundsteuer sich beziehend.

— Der wichtige Bericht über Petitionen, betreffend die preußischen Schulregulative vom 1., 2. und 3. Oktober 1854 über Einrichtung des evangelischen Semininar-, Präparanden- und Elementarunterrichts, ist, im Namen der Unterrichtskommission vom Abg. Fubel abgestattet, ausgegeben worden. Es sind im Ganzen 676 Petitionen über diesen Gegenstand eingegangen, von denen sich 632 für die Regulative aussprechen; sie sind nach sechs verschiedenen, gleichlautenden, zum Theil gedruckten Formularen abgefaßt, 15 sind aus der Provinz Brandenburg, 7 aus Westfalen, 21 aus Sachsen, 105 aus Schlesien, 128 aus Pommern, 106 aus Preußen, 1 aus Posen, und tragen als Unterschriften die Namen von Superintendenten, Pastoren, Patronen, Lehrern, Schulvorständen und einzelnen Gemeindegliedern aus Landgemeinden und kleinen Städten. Alle treten für die Aufrechterhaltung der Regulative ein, und zwar aus folgenden Gründen: 1. Die Regulative halten an dem Worte Gottes und dem Katechismus als Grundlage und Mittelpunkt des Volksunterrichts und christlich kirchlicher Erziehung fest; 2. sie stellen daneben den Unterricht in den für das praktische Leben nöthigen und nützlichen Kenntnissen in vollständig genügendem Umfange fest; 3. sie regeln die Behandlungsweise, die Form des Unterrichts dahin, daß dadurch in den Kindern ein kräftiges, geistiges Leben geweckt, und alle Unterrichtsstoffe für sie zu Geist und Charakter bildendem Eigenthum gemacht werden; 4. sie treten damit nicht als ein neues Prinzip in die Volksschule ein, sondern fassen uns die längst bewährten Grundsätze der Erziehung und des Unterrichts in bestimmten Grenzen und richtiger Methode zusammen. — Die 44 Petitionen gegen die Regulative sind meist aus Städten; sie sind von Lehrern, Bürgern und Landbewohnern unterzeichnet. Alle fordern den baldigen Erlaß eines Unterrichtsgesetzes zur definitiven Erledigung der Angelegenheit. Die Kommission faßt die Beschwerden in 3 Hauptpunkte zusammen. I. Die Behauptung der Verfassungswidrigkeit des Erlasses der Regulative. II. Die Beschwerden gegen das 3. Regulativ, betreffend die einklassige Elementarschule, und III. die Beschwerden gegen das 1. und 2. Regulativ, betreffend die Bildung der Seminaristen und Präparanden. — I. Die Kommission ist nicht der Meinung, daß die Regulative den Charakter eines Gesetzes an sich trügen; sie lassen sich vielmehr nur als Verordnung, Instruktion, Anweisung, pädagogische Abhandlung auffassen; sie befassen sich mit der Behandlung derjenigen Lehrstoffe, welche bereits seit langer Zeit in den Seminaren und den Elementarschulen Gegenstände des Unterrichts gewesen sind; es ist doch aber als sicher anzunehmen, daß ein Gesetz sich nicht mit Bestimmungen über die didaktische und methodische Behandlung der Lehrstoffe beschäftigen kann. Für die Beurtheilung der Frage, ob die Regulative verfassungswidrig seien, komme es auf die Bestimmungen des Art. 112 der Verfassung an, welcher bestimmt, daß bis zum Erlaß eines Unterrichtsgesetzes es bei den bisherigen Bestimmungen sein Bewenden haben solle; damit will er verhüten, daß das Unterrichtswesen von der Zeit der Verfassungsrevision bis zum wirklichen Erlaß des in Art. 26 gebotenen Gesetzes nicht der Stagnation verfalle und erhält deshalb alle gesetzlichen Bestimmungen, nach denen dasselbe bisher verwaltet worden ist, in Kraft, also auch die Befugniß des Unterrichtsministers, Verordnungen und Instruktionen für das Schulwesen zu erlassen. Damit soll nicht gesagt sein, daß das Unterrichtsgesetz ganz bei Seite liegen gelassen werde, und das Unterrichtswesen allein auf dem Wege ministerieller Verordnungen und Instruktionen fortzuverwalten und weiterzuführen sei. Es ist allgemein zu beklagen, daß Hr. v. Raumer diesen Weg betreten und durch Erlaß der drei Regulative dem ganzen Unterrichtswesen der Volksschule eine wesentliche Umgestaltung gegeben habe; bei gebührender Rücksicht auf die Verfassung hätte das Unterrichtsgesetz diesen Regulativen vorangehen müssen; so aber und ihrem Inhalte nach haben sie weithin den Verdacht wecken müssen, sie wollten das Unterrichtsgesetz beseitigen und sich an seine Stelle setzen. Der Streit über den verfassungsmäßigen oder verfassungswidrigen Erlaß der Regulative wird jedoch nur durch das Unterrichtsgesetz, dessen Erlaß nunmehr dringend wünschenswerth, und das so bald als möglich, geworden, geschlichtet werden, wie andererseits nicht verkannt werden soll, daß die sofortige Beseitigung der Regulative in das Schulwesen eine gänzliche Stockung und Verwirrung bringen würde. Diesen Ansichten der Kommission tritt auch der Kultusminister bei, welcher durch seinen Erlaß vom 19. Novbr. allen Beschwerden Abhülfe gegeben zu haben glaubt und sich entschieden dagegen verwahrt, als wolle er auf verfassungswidrigem Wege vorgehen. Eine baldige gesetzliche Regelung der Angelegenheit durch das Unterrichtsgesetz erscheint auch ihm in hohem Grade wünschenswerth, nur erwarte er nicht, daß es gelingen werde, alle Hoffnungen und Forderungen zu befriedigen. — Die Kommission ist der Meinung 1) daß mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Art. 112 der Verfassung der vor Feststellung des im Art. 26 vorgesehenen Unterrichtsgesetzes bewirkte Erlaß der Regulative vom 1., 2. und 3. Oktober 1854 als verfassungswidrig nicht zu erachten sei; 2) daß es jedoch, da diese Regulative auch solche Bestimmungen enthalten, welche Gegenstand des Unterrichtsgesetzes sein müssen, richtiger und zweckmäßiger gewesen wäre, die dadurch bewirkte Umgestaltung des Elementarunterrichts bis nach dem Erlaß des Unterrichtsgesetzes auszusetzen. — II. Die Beschwerden, das 3. Regulativ über die einklassige Elementarschule betreffend. Um Verdunkelungen vorzubeugen, nimmt hier sofort der Kultusminister das Wort; er will Bedenken über die Grenzen der Kompetenz zur Sprache bringen. Nach Art. 24 der Verfassung sei in Betreff des Religionsunterrichts die Kirche mitbetheiligt, die kirchlichen Behörden hätten den Regulativen zugestimmt, Abänderungen darin könnten also auch nur unter ihrer Zustimmung möglich sein. Durch Beschlüsse des Hauses könnte ferner unmöglich auf die rein technischen Fragen der Methodik und Didaktik eingewirkt werden; wäre dem jedes Jahr so, dann würde die Schule zu einem Gegenstande fortgesetzten Parteikampfes werden, die Regierung würde aber keinen Anhalt gewinnen, da das Herrenhaus sich für die Regulative ausspräche, während möglichen Falls das Abgeordnetenhaus denselben entgegenträte. Die Regulative seien übrigens kein eisernes, bindendes und mechanisirendes Gesetz, sie enthalten Grundsätze, welche für den Unterricht in Anwendung zu bringen seien, um eine gesunde Volksbildung weiter auszubilden, welche aber keineswegs das Individualisiren und Lokalisiren, so wie die Fortentwickelung überhaupt beengten oder ausschlössen. Eine Abweichung von diesen Grundsätzen würde einer der schwersten Schläge sein, welche das Schulwesen treffen könnten. Es komme zu den anderen Einwürfen als eine üble Erbschaft das Mißtrauen gegen die Maaßregeln der früheren Verwaltung, welches nur diese Sache treffe, und eine freie, vorurtheilslose Beurtheilung und Aneignung derselben verhindere. Die Regulative selbst bedürfen fortwährend der Vermittelung, Erläuterung und Fortentwickelung; und so möge man auch die Erfolge des Erlasses vom 19. November abwarten. — Die Kommission hält sich dagegen für berechtigt und formell kompetent, in Verhandlungen über die Regulative einzutreten. Der Unterrichtsminister sei für das ganze Unterrichtswesen, auch für den Religionsunterricht verantwortlich, und gerade das Verfahren der vorigen Verwaltung gebiete eine gründliche Untersuchung des Gegenstandes. In den Regulativen treten als leitende Grundsätze, welche die gesammte Volksschule regeln, folgende zwei hervor: 1) die Erziehung zu lebendiger und bewußt christlich-kirchlicher Gesinnung und 2) die Konzentration derjenigen Kenntnisse, welche dem praktischen Bedürfnisse des Volkes entsprechen. Hält die Kommission auch dafür, in Uebereinstimmung des Erlasses vom 19. November, daß die dargelegten allgemeinen Grundsätze der Erziehung und des Unterrichts in der Volksschule als gesunde und heilsame festzuhalten seien, so schließt diese Anerkennung die Frage nicht aus, in wie weit die in den Regulativen versuchte Durchführung und Anwendung derselben als zutreffend und zweckentsprechend bezeichnet werden könne. Die gegnerischen Petitionen behaupten, daß im Religionsunterricht der Memorirstoff so überhäuft sei, daß dadurch ein verständnißvolles Eindringen unmöglich gemacht, und selbst die Liebe zur Religion zurückgedrängt werde, und daß der Unterricht in den Realien auf ein zu geringes, den Bildungsverhältnissen des Volkes, so wie dem praktischen Leben nicht genügendes Maaß eingeschränkt werde. — Nach eingehender Diskussion erklärt sich die Kommission einstimmig dahin: 1) daß den Beschwerden, welche über die durch das Regulativ vom 3. Oktober angeordnete Ueberhäufung der Schüler mit Memorirstoff geführt werden, durch den Ministerialerlaß vom 19. Nov. v. J. vielfach Abhülfe geschafft ist, jedoch weiterer Erwägung zu empfehlen sei, ob mit der in jenem Erlaß angeordneten Beschränkung des Memorirstoffs noch weiter vorzugehen sei und 2) daß der Unterricht in den Realien durch sorgfältige Ausführung der in dem Erlaß vom 19. November v. J. getroffenen Anordnungen, so wie durch die angestrebte, planmäßige Vervollkommnung der Lesebücher für die Elementarschule wesentlich werde gehoben werden, und daß damit die in dieser Beziehung erhobenen Beschwerden für erledigt zu erachten seien. — Ueber Nr. III., die Bildung der Seminaristen und Präparanden betreffend, behalten wir uns die Analyse noch vor und beschränken uns für heute darauf, mitzutheilen, daß die Kommission sich mit 9 gegen 1 Stimme dahin einigte: 1) daß es der Erwägung der Regierung zu empfehlen sei, ob das Regulativ vom 1. Oktober nicht nach der Richtung hin einer Aenderung bedürfe, daß nicht das, was im Regulativ vom 3. Oktober als die Aufgabe der einklassigen Elementarschule bezeichnet ist, als alleinige Norm und Begrenzung für die den Lehrern in dem Seminar zu gewährende Bildung festgehalten, vielmehr für eine weitergehende, dem Bedürfnisse der Elementarschulen überhaupt und insbesondere auch der mehrklassigen, gehobenen Elementarschulen vollständiger entsprechende Bildung der Lehrer gesorgt werde; und mit 8 gegen 2 Stimmen 2) daß es der Erwägung der Regierung zu empfehlen sei, ob nicht eine Modifikation der für die Aufnahme der Präparanden in das Seminar vorgeschriebenen Bedingungen erforderlich, und ob es insbesondere nicht geboten sei, den in dem Regulativ vom 1. Oktober 1854 vorgeschriebenen Memorirstoff zu beschränken, die Anforderungen an die Kenntnisse der Präparanden in den Realien dagegen zu erhöhen. Die Kommission faßte schließlich die am Ende der

(Fortsetzung in der Beilage.)

drei einzelnen Abtheilungen aufgeführten Resultate ihrer Berathung dahin zusammen, dem Hause zu empfehlen: dasselbe wolle beschließen, unter Ueberweisung sämmtlicher, die Schulregulative betreffenden Petitionen an das Staatsministerium zu erklären: 1) daß der Erlaß der Regulative vom 1., 2. und 3. Oktober 1854 für verfassungswidrig nicht zu erachten, und deshalb die auf sofortige Beseitigung derselben gestellten Anträge einiger Petenten abzulehnen; 2) daß die Verminderung des religiösen Memorirstoffes in der Elementarschule und bei der Vorbildung der Seminarpräparanden der fortgesetzten Erwägung des Ministeriums zu empfehlen und 3) daß die Vorlegung des im Art. 26 der Verfassung verheißenen Unterrichtsgesetzes und in diesem zugleich die Entscheidung über die wünschenswerthe Steigerung der Leistungen in den Schullehrer-Seminaren, so wie der Anforderungen an die Seminarpräparanden, wenn irgend möglich, in der nächsten Session erwartet werde.

— Die Kommission für Finanzen und Zölle berichtet über die Seitens des Herrenhauses mitgetheilten Grundsteuer-Gesetzentwürfe. Berichterst.: Abg. Duncker (Berlin). Ohne in eine eventuelle Spezialdiskussion eingehen zu wollen, empfiehlt die Kommission die Ablehnung der Gesetze, denn sie hält die vier Vorlagen für ein unzertrennbares Ganze und geht nicht auf die vorsichtig gemachte Andeutung des Finanzministers ein, daß es vielleicht räthlich wäre, das Angebotene zu acceptiren, da ja doch durch das Aufgeben des früheren Standpunktes das Herrenhaus einen Schritt vorwärts gegangen sei. Die Kommission meint, daß dieses Vorwärts mit einer neuen Schuldenlast von 10 Millionen Thaler zu theuer erkauft sei. Uebrigens brauche die Regierung mit der Veranlagung der bisher befreiten und bevorzugten Grundstücke nicht inne zu halten, denn nur zur Erhebung bedarf es einer gesetzlichen Ermächtigung, während die Veranlagung schon durch das Gesetz vom 24. Februar 1850 erlaubt worden ist. Die Kommission schlägt folgende Resolution vor: die Regierung aufzufordern, mit dem Abschluß der in §. 4 des Gesetzes vom 24. Februar 1850 (Ges. S. S. 63) angeordneten vorläufigen Veranlagung der bisher von der Entrichtung der Grundsteuer befreiten oder dabei bevorzugten Grundstücke nach Maaßgabe neuer von dem Finanzminister zu ertheilender Instruktionen vorzugehen und das Resultat derselben, wenn irgend möglich, in der nächsten Session dem Landtage vorzulegen.

— Die 12. Kommission stattet ihren zweiten Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung der Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten ab. Berichterstatter Dr. Lette. Sie hält die vom Herrenhause beliebten Abänderungen nicht für so bedeutend, um durch Ablehnung derselben das Zustandekommen des ganzes Gesetzes zu vereiteln und empfiehlt einstimmig: den abändernden Beschlüssen des Herrenhauses überall beizutreten. (Wir haben die Abänderungen für unsere Provinz bereits in Nr. 115 mitgetheilt.) PB.

Lokales.

R Posen, 22. Mai. [Erfrischungs-Pavillons.] Schon seit einigen Jahren ging man hier mit dem Plane um, die Promenade auf unserer Wilhelmsstraße mit einigen geschmackvollen Erfrischungs-Pavillons zu versehen, und dadurch dem lustwandelnden Publikum eine neue Bequemlichkeit darzubieten, zugleich aber auch die dort vorhandenen, alten, ziemlich unästhetischen Semmelbuden überflüssig zu machen und zu beseitigen. Nach Ueberwindung mancher keineswegs unerheblicher Schwierigkeiten ist das Projekt nun realisirt. Der hiesige Konditor J. D. Schultz, dessen Geschäft auf der Wronkerstraße hier mit Recht zu den bestrenommirten gehört, hat den Muth gehabt, die sehr bedeutenden Kosten und Weitläuftigkeiten einer derartigen Anlage nicht zu scheuen, und dadurch in der That um das Publikum sich ein Verdienst erworben, das auch schon jetzt, wie es scheint, volle Anerkennung durch zahlreiche Benutzung findet. Der eine dieser Pavillons in der Wilhelmsallee, der Post gegenüber, ist schon seit ein Paar Monaten geöffnet und bot zunächst Back- und Konditoreiwaaren gewöhnlicher und feinerer Sorten der mannichfaltigsten Art in zierlicher, einladender Aufstellung und in bekannter Güte. Seit dem Eintritt der wärmeren Jahreszeit aber ist mit dem kleinen Etablissement zweckmäßig, nach dem Muster der Berliner, Breslauer, Königsberger ꝛc. Trinkhallen, der Ausschank von Soda- und Selterwasser (à Glas ½ Sgr., mit Himbeersaft 1 Sgr.) verbunden, der bisher bei uns nur in den Lokalen einiger Apotheken stattfand. Die Wasser werden auf Eis vollständig kühl erhalten und sind, wie dies von vielen Seiten versichert worden, sehr gut. Auch wird (und das ist gerade eine Hauptbedingung) bei der Verabreichung stets die dringend gebotene Reinlichkeit der Gefäße sorgfältig beobachtet. Der zweite dieser Pavillons, dem Bazar gegenüber, dürfte auch wohl noch im Laufe dieser Woche eröffnet werden, und hat äußerlich einen Vorzug darin, daß der kleine Eiskeller vollständig im Bau einbezirkt ist, während bei dem ersten das Eislager von Außen an der Nordseite vorläufig hat angebracht werden müssen, was den hübschen Totaleindruck des Bauwerks beeinträchtigt, und später (etwa durch eine Versenkung in die Erde hinein) wohl noch beseitigt werden dürfte. Die Bauausführung selbst giebt ein rühmliches Zeugniß für das schöne Talent, den Ideenreichthum und Geschmack des Architekten G. Schultz, der seinen unermüdlichen Fleiß, seine große Sorgfalt und tüchtige theoretische und praktische Bildung hier schon mehrfach (so z. B. an dem Hause des Justizrath Giersch, des Kaufmanns Breslauer, des Schlächtermeisters Weitz jun. ꝛc. — wir kommen wohl auf diese Bauten, die Zierden unserer Stadt sind, gelegentlich spezieller zurück), auf das Deutlichste bewährt hat. Die architektonische Erfindung ist sehr geschmackvoll, der Eindruck im Ganzen wie in den Details, namentlich der reichen und doch nicht überladenenen Ornamentik, ein sehr ansprechender und eigenthümlicher, was hier um so schwieriger war, als diese kleinen Bauwerke künstlerisch so hergestellt werden mußten, daß sie auch in dem nothwendigen Kontraste zu ihrer Umgebung ein möglichst harmonisches Gesammtbild mit derselben gewährten. Um die spezielle Ausführung haben sich, wie wir hören, namentlich der hiesige Tischlermeister Zeyland, und der hiesige Maler Robert Bonk, Letzterer namentlich auch durch Bethätigung eines, in diesen Kreisen sonst nicht überaus häufig anzutreffenden, feinen und geschmackvollen Farbensinnes, verdient gemacht. Die kleinen Bauwerke gereichen in der That unserer Promenade zur Zierde, und die vielbesprochenen Buden der Berliner „kohlensauren Jungfrauen" halten mit ihnen auch nicht im Entferntesten einen Vergleich im Punkte der Eleganz und des Geschmackes aus. Wie wir hören, wird der Eigenthümer denjenigen Personen, welche in der Wilhelmsallee Brunnen zu trinken beabsichtigen, gern gestatten, ihre Mineralwasserflaschen und Trinkbecher dort aufzustellen, um auch auf diese Weise dem Publikum eine erwünschte Bequemlichkeit zu gewähren.

Berichtigung.

In der Erklärung des Reg. Präs. v. Mirbach (s. gestr. Ztg.) ist irrthümlich statt **23. April**, 30. April gesetzt worden, was hierdurch berichtigt wird.

Strombericht.

Oborniker Brücke.

Am 20. Mai. Holzflößen: 41 Triften kiefern Rund- unnd Kanthölzer mit Kant- und Splißhölzern belastet, von Buszinin nach Stettin.

Angekommene Fremde.

Vom 22. Mai.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Rittmeister Frhr. v. Schreckenstein aus Stettin, die Kaufleute Glätschke aus Breslau, Budeweg, Hoffmann, Lindenthal, Schneidemühl und Marcuse aus Berlin.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Oberstlieutenant im 6. Inf. Regt. v. Freyhold aus Görlitz, die Gutsb. v. Trepka aus Polen, Jezierski aus Roszkowo und Graf Mycielski aus Dembno, Oekonom v. Dallwitz aus Alt-Görtzig, Kreisbaumeister Langebeck aus Wreschen, Privatier Grabowski aus Neustadt a. W. und Kaufmann Rosenzweig aus Słupce.

HOTEL DU NORD. Generalbevollmächtigter Szmitt aus Grylewo, die Rittergutsb. v. Trąpczyński aus Morownica, v. Chłapowski aus Turwia, v. Krzyżański jun. und Frau Rittergutsb. v. Krzyżańska aus Sapowice.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Fabrikdirektor v. Wodkiewicz aus Petersburg, die Portepéefähnriche im 2. (Leib-) Hus. Regt. v. Treskow und v. Lüttichau aus Glogau, die Kaufleute Jakobiński aus Gnesen, Wrinke aus Stettin, Alexander aus Schubin, Käber aus Berlin, Schneider aus Königsberg und Liebert aus Danzig.

BAZAR. Die Gutsb. Graf Skórzewski aus Czerniejewo, v. Orpiszewski aus Rysin in Polen und v. Stablewski aus Zalesie.

SCHWARZER ADLER. Rittergutsb. v. Radoński aus Bieganowo, Frau v. Herrmann aus Berlin, Bürger Heyne aus Schneidemühl und Gutsb. v. Laskowski aus Smogulec.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsb. Budzyński aus Kleryka, v. Rychłowski aus Węgorzewo, Vogé aus Adlich-Ostrowo und v. Okulicz aus Potarzyce, Probst Wdowicki aus Panigrodz, Bürger Kersten aus Inowracław, Frau Bürger Koch aus Mur. Goslin, Gutspächter v. Zaleski aus Podobowice, die Kaufleute Radkiewicz aus Schmiegel, Albu aus Frankfurt a. O., Zimt aus Schrimm, Engel aus Inowracław, Bernstein und Frau Kaufmann Bernstein aus Xions, Frau Gutsb. v. Rożnowska aus Arongowo, Probst Waleński aus Pinne, Domänenpächter Metzke aus Dziekanowice und Einwohner Brysiewicz aus Kamieniec.

HOTEL DE BERLIN. Portepéefähnrich im 21. Inf. Regt. Prinz von Budnau aus Gnesen, Frau Doktor Michelsohn aus Rogasen, Kaufmann Schlieben aus Magdeburg, die Wirthsch. Inspektoren Kunze aus Lulin und Krieger aus Górka.

BUDWIG'S HOTEL. Die Kaufleute Badt aus Exin, Mendelsohn aus Inowracław, Itzigsohn aus Nakel und Herrmann aus Schwersenz, Dr. Grün aus Pesth und Cigarrenfabrikant Horwitz aus Breslau.

EICHBORN'S HOTEL. Die Kaufleute Silberstein aus Paris und Schwerin aus Breslau, Rentier Glöckner aus Friedeberg und Konditor Klapecki aus Wollstein.

KRAKUS GASTHOF. Lehrer Dropiński aus Palczyn und Gymnasiast Kawczyński aus Samter.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Wie ich erfahren, sind mehrere mit meinem Namen unterschriebene Wechsel im Umlauf. Da **ich dergleichen nicht ausgestellt habe,** so erkläre ich zur Verhütung weitern Mißbrauchs, daß die im Umlauf befindlichen, angeblich von mir herrührenden Wechsel **gefälscht sind.**

St. Lazarus bei Posen, den 22. Mai 1860.

Adam Jeske.

M. 23. V. J. I. fällt aus.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 22. Mai 1860.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½ % Staats-Schuldsch.	84	—	—
„ 4 „ Staats-Anleihe	—	—	—
„ 4½ „ „ „	99¾	—	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	104	—	—
Preuß. 3½ % Prämien-Anl. 1855	112½	—	—
Posener 4 „ Pfandbriefe	100	—	—
„ 3½ „ „	—	90⅜	—
„ 4 „ neue „	—	87⅝	—
Schles. 3½ % Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 3½ „ „	—	—	—
Poln. 4 „ „	—	87¼	—
Posener Rentenbriefe	91	—	—
„ 4% Stadt-Oblig. II. Em.	88½	—	—
„ 5 „ Prov. Obligat.	96	—	—
„ Provinzial-Bankaktien	75	—	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
„ Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	88½	—
Ausländische Banknoten große Ap.	—	—	—

Roggen zu weichenden Preisen wenig gehandelt, schließt etwas fester, gekündigt 250 Wispel, pr. Mai 44 bez., pr. Mai-Juni 44 bez., pr. Juni-Juli 43⅞ bez., pr. Juli 44 bez.

Spiritus (pr. 8000 % Tralles) bei matter Stimmung sehr geringfügiges Geschäft, gekündigt 6000 Quart, mit Faß pr. Mai 17$\frac{1}{12}$ Gd., ⅛ Br., pr. Juni 17⅛ bez., pr. Juli 17$\frac{1}{12}$ Gd., ⅛ Br., pr. August 17$\frac{11}{12}$ Gd., 18 Br.

Wasserstand der Warthe:
Posen am 21. Mai Vorm. 7 Uhr 3 Fuß 4 Zoll.
„ 22. „ „ „ 3 „ — „

Einer meiner Rollknechte hat gestern Abend zwischen 6 und 7 Uhr auf den Wegen von der Friedrichsstr., Wilhelmsstr. 2c. nach dem Bahnhofe unter anderen Papieren auch den von Herren **M. Eichborn & Co.** an **C. Schierer in Breslau** ausgestellten Begleitschein I. N. 48 des Königlichen Haupt-Steueramts hierselbst, lautend über

J. R. 139 } 1 Kiste und 1 Ballen Manufaktur-
W. 140 } Waare Ba. 10 Ztr. 93 Pfd.

verloren.
Der Finder dieses Scheines wird ergebenst um Rückgabe ersucht. **Falk Fabian.**

Verloren
ein Doppelschlüssel. Gegen gute Belohnung abzugeben auf Kommandantur.

Produkten-Börse.

Berlin, 21. Mai. Wind: Nord-Ost. Barometer: 28³. Thermometer: früh 15° +. Witterung: bezogene schwüle Luft.

Weizen loko 68 a 79 Rt. nach Qualität.

Roggen, loko 48 a 48¾ Rt., p. Mai-Juni 48⅛ a 48¼ a 47⅞ a 48 Rt. bez., Br. u. Gd., p. Juni-Juli 48⅛ a 48¼ a 47⅞ a 48 Rt. bez. u. Br., 47⅞ Gd., p. Juli 48 a 47¾ a 48 Rt. bez., p. Juli-Aug. 47¾ a 47¼ a 48 Rt. bez. u. Br., 47¾ Gd., p. Sept.-Okt. 47½ a 47 a 47½ Rt. bez.

Große Gerste 38 a 43 Rt.

Hafer, loko 26 a 29 Rt., p. Mai-Juni 27¼ a 27 Rt. bez., p. Juni-Juli 27½ Rt. Br., 27 Gd., p. Sept.-Okt. 26 Rt. bez.

Rüböl, loko 10⅞ Rt. bez. u. Br., p. Mai 10⅞ a 10¾ Rt. bez. u. Gd., 10⅞ Br., p. Mai-Juni 10⅞ a 10¾ Rt. bez. u. Gd., 10⅞ Br., p. Juni-Juli 10⅞ Rt. bez. u. Gd., 10⅞ Br., p. Sept.-Okt. 11⅓ a 11¼ a 11⅓ Rt. bez. u. Gd., 11$\frac{5}{12}$ Br., p. Okt.-Nov. 11½ a 11$\frac{5}{12}$ a 11$\frac{11}{24}$ Rt. bez. u. Gd., 11½ Br., p. Nov.-Dezbr. 11$\frac{13}{24}$ a 11½ Rt. bez. u. Gd., 11$\frac{7}{12}$ Br.

Spiritus, loko ohne Faß 17¾ Rt. bez., p. Mai 17¾ a 17⅝ a 17¾ Rt. bez. u. Gd., 17⅞ Br., p. Mai-Juni 17¾ a 17⅝ a 17¾ Rt. bez. u. Gd., 17⅞ Br., p. Juni-Juli 17¾ a 17⅝ a 17¾ Rt. bez. u. Gd., 17⅞ Br., p. Juli-August 18⅛ a 18$\frac{1}{12}$ a 18⅛ Rt. bez., 18¼ Br., 18⅛ Gd., p. Aug.-Septbr. 18¼ a 18⅜ Rt. bez. u. Gd., 18$\frac{5}{12}$ Br., p. Sept.-Okt. 18¼ a 18⅛ Rt. bez. u. Gd., 18⅜ Br.

Weizenmehl 0. 4$\frac{7}{12}$ a 5 Rt., 0. u. 1. 4⅓ a 4⅔ Rt. — Roggenmehl 0. 3$\frac{7}{12}$ a 3$\frac{11}{12}$ Rt., 0. u. 1. 3⅓ a 3⅔ Rt. (B. u. H. Z.)

Stettin, 21. Mai. Die Vegetation hat in den letzten Tagen unter dem Einfluß der sehr warmen Witterung ferner rasche Fortschritte gemacht.

Weizen, loko gelber p. 85pfd. 74½—78½ Rt. nach Qualität bez., vorpomm. Abladung p. 85pfd. 78½ Rt. bez., 85pfd. gelber inländ. p. Sept.-Okt. 78¼, 78 Rt. bez. u. Br.

Roggen, loko p. 77pfd. vorpomm. 46 Rt. Br., 77pfd. p. Mai-Juni 45¾, ½, ¾ Rt. bez., p. Juni-Juli 45½, ¼ Rt. bez., p. Juli-August 45¼ Rt. bez., p. Sept.-Okt. 45¼, 45, 45¼ Rt. bez.

Gerste, loko pomm p. 70pfd. 40½ Rt. bez.

Hafer, loko p. 50pfd. geringer 30 Rt., besserer 30¾ Rt. bez., Abladungen 31 Rt. bez.

Rüböl, loko 11 Rt. Br., p. Mai-Juni 10⅞ Rt. bez. u. Gd., 11 Br., p. Sept.-Okt. 11⅛ Rt. bez.

Spiritus, loko ohne Faß 17½ Rt. bez., p. Mai-Juni 17¾ Rt. Gd., p. Juni-Juli 17⅞ Rt. bez. u. Gd., p. Juli-Aug. 18⅛ Rt. bez. u. Gd., p. Aug.-Sept. 18⅜ Rt. bez. u. Gd., p. Sept.-Okt. 18⅛ Rt. Gd., $\frac{7}{12}$ Br. (Ostf. Z.)

Breslau, 21. Mai. Die trockene Witterung hält an, die Temperatur ist sehr warm, am frühen Morgen + 11°.

Weißer Weizen 78—83—85—87 Sgr., gelber 78—80—82—84 Sgr.

Roggen 51—53½—56—57½ Sgr.

Gerste 42—45—46—48 Sgr.

Hafer 28—30—31 Sgr.

Erbsen 52—54—56 Sgr.

Oelsaaten ohne Handel.

Rother Kleesamen ordinärer 7½—8½ Rt., mittler 9—10 Rt., feiner 10½—11 Rt., weißer 12—14—17 Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80% Tralles) 16$\frac{7}{12}$ Rt. Gd.

An der Börse. Roggen, p. Mai 42¼ Rt. Br., 42¼ Gd., p. Mai-Juni 42¼ Rt. bez., p. Juni-Juli 41¾—42¼ Rt. bez. u. Gd., p. Juli 42⅔ Rt. bez., p. Juli-August 42¼—42⅔ Rt. bez., p. August-Sept. 42½ Rt. bez.

Rüböl, loko und p. Mai 10¼ Rt. bez., p. Mai-Juni 10⅓ Rt. Br., p. Juni-Juli 10⅔ Rt. Br., p. Sept.-Okt. 10¾ Rt. bez., 10⅞ Br.

Spiritus, loko 16⅞ Rt. Gd., p. Mai, p. Mai-Juni und p. Juni-Juli 16⅞ Rt. bez., p. Juli-Aug. 17⅓ Rt. bez. (Br. Hdlsbl.)

Wollbericht.

Güstrow, 17. Mai. Unser Wollmarkt ist nun definitiv auf Freitag und Sonnabend, den 22. und 23. Juni, sowie auf Montag den 25. Juni als letzten Tag angesetzt. Abschlüsse sind manche gemacht, und wie man hört zu 15—15½ Thlr., während zu 16 Thlr. Verkäufer reichlich waren, in letzter Zeit sollen 16 Thlr. bezahlt sein, namentlich in der Neubrandenburger Gegend; hier dagegen ist das Geschäft in Wolle sehr still geblieben, es scheint, als wenn die auswärtigen Häuser mit festen Aufträgen sehr zurückhaltend geworden sind.

Daubrowitz in Böhmen, 12. Mai. Unser zweiter Wollmarkt war zahlreich und besonders von den Tuchmachern der umliegenden Fabrikorte besucht. Zugeführt waren ca. 700 Ztr. und wurden nach Qual. und Wäsche 125 — 33 Fl. bezahlt.

Telegraphischer Börsen-Bericht.

Hamburg, 21. Mai. Weizen loko 1—2 Thlr. höher bezahlt, schließt ruhiger, ab Auswärts sehr hoch gehalten, daher ruhig. Roggen loko ruhig, ab Ostsee flau. Oel Mai 24, Oktober 25½. Kaffee stille. Zink unverändert.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 21. Mai 1860.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	— —
Aachen-Mastricht	4	15½ G
Amsterd. Rotterd.	4	69¾-70 bz u G
Berg. Märk. Lt. A.	4	76¾ G
do. Lt. B.	4	— —
Berlin-Anhalt	4	107 bz
Berlin-Hamburg	4	104 bz
Berl. Potsd. Magd.	4	124-½ bz
Berlin-Stettin	4	96 G
Bresl. Schw. Freib.	4	79½ bz
Brieg-Neiße	4	52½ G
Cöln-Crefeld	4	— —
Cöln-Minden	3½	124½ bz u B
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. Stamm-Pr.	4½	— —
do. do.	4	— —
Löbau-Zittauer	5	— —
Ludwigshaf. Berb.	4	125 B
Magdeb. Halberst.	4	186 G
Magdeb. Wittenb.	4	33½ bz
Mainz-Ludwigsh.	4	94 bz u B
Mecklenburger	4	44-⅛ bz
Münster-Hammer	4	— —
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	90⅞ G
Niederschl. Zweigb.	4	— —
do. Stamm-Pr.	4	— —
Nordb., Fr. Wilh.	5	45½ etw-46½ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	114-115 bz
do. Litt. B.	3½	106½-7½ bz
Oest. Franz. Staat.	5	127¼-26¾-127½ bz
Oppeln-Tarnowitz	4	— —
Pr. Wlh. (Steel-V)	4	50 B
Rheinische,	4	77 bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	42-43 bz
Ruhrort-Crefeld	3½	— —
Stargard-Posen	3½	78 bz
Thüringer	4	98 G

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	116 B
Berl. Handels-Ges.	4	75 G
Braunschw. Bk. A.	4	64½ bz
Bremer do.	4	95½ bz
Coburg. Kredit-do.	4	50¾ etw bz
Danzig. Priv. Bk.	4	80 B
Darmstädter abgst.	4	59-½ bz u G
do. Ber. Scheine	4	— —
do. Zettel-B. A.	4	91 G
Dessauer Kredit-do.	4	14¾-½-⅝ bz
Disk. Comm. Anth.	4	79-½ G
Genfer Kred. Bk. A.	4	25 bz
Geraer do.	4	70 etw bz
Gothaer Priv. do.	4	71 G
Hannoversche do.	4	89 G
Königsb. Priv. do.	4	81 bz u B
Leipzig. Kredit-do.	4	58 Kl bz u G
Luxemburger do.	4	77½ etw bz
Magdeb. Priv. do.	4	74 B
Meining. Kred. do.	4	62 Kl bz u G
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	78½ B
Oestr. Kredit- do.	5	66¾-67 bz
Pomm. Ritt. do.	4	66 G
Posener Prov. Bank	4	74 B
Preuß. Bank-Anth.	4½	124½ bz
Rostocker Bank Akt.	4	100 B
Schles. Bank Verein	4	73 B
Thüring. Bank-Akt.	4	47 B
Vereinsbank, Hamb.	4	97 G
Waaren-Kred. Anth.	5	90½ bz u B
Weimar. Bank-Akt.	4	76½ etw bz

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	82¾ B
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	— —
Hörder Hüttenv. Ak.	5	70 etw bz
Minerva, Bergw. A.	5	26-½ bz u B
Neustädt. Hüttenv. A	5	4 B p. St.
Concordia	4	— — [fco. Zins.
Magdeb. Feuerverf. A	4	— —

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	79½ B
do. II. Em.	4	79 B
do. III. Em.	4½	84 B
Aachen-Mastricht	4½	— —
do. II. Em.	5	— —
Bergisch-Märkische	5	100½ bz
do. II. Ser.	5	99½ B
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	72 B
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	— —
do. II. Ser.	4½	— —
Berlin-Anhalt	4	95½-¼ bz
do.	4½	99⅞ G
Berlin-Hamburg	4½	102 bz
do. II. Em.	4½	101½ G
Berl. Pots. Mg. A.	4	89½ B
do. Litt. C.	4½	97¾ bz
do. Litt. D.	4½	96¾ bz
Berlin-Stettin	4½	98¾ B
do. II. Em.	4	83 bz
do. III. Em.	4	81¼ bz
Bresl. Schw. Freib.	4½	— —
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	100 bz
do. II. Em.	5	102½ B
do.	4	— —
do. III. Em.	4	— —
do.	4½	88½ B
do. IV. Em.	4	— —
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. III. Em.	4½	— —
Magdeb. Wittenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	91 B
do. conv.	4	90¾ B
do. conv. III. Ser.	4	— —
do. IV. Ser.	5	100¼ bz
Nordb., Fried. Wilh	4½	100 G
Oberschles. Litt. A.	4	92 G
do. Litt. B.	3½	78¾ bz, C. —
do. Litt. D.	4	84¾ bz
do. Litt. E.	3½	72 B
do. Litt. F.	4½	— —
Oestreich. Französ.	3	252 bz
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	I. 98¾ B, II. 98 [B
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	— —
do. v. Staatgarant.	3½	— —
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	83½ B
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	— —
do. III. Em.	4½	— —
Thüringer	4½	100⅝ G
do. III. Ser.	4½	99 G
do. IV. Ser.	4½	95½ G

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	99½ G
Staats Anl. 1859	5	102⅞ bz
do.	4½	99 bz
do. 1856	4½	99 bz
do. 1853	4	93 G
N. Präm St A 1855	3½	112 bz
Staats-Schuldsch.	3½	83 bz
Kur- u Neum. Schldv	3½	— —
Berl. Stadt-Oblig.	4½	— —
do. do.	3½	80¾ B
Berl. Börsenh. Obl.	5	— —
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	86¾ G
do.	4	— —
Ostpreußische	3½	81¼ G
do.	4	— —
Pommersche	3½	86 B
do. neue	4½	94¾ B
Posensche	4	— —
do.	3½	80⅜ G
do. neue	4	87⅝ G
Schlesische	3½	86¾ B
V. Staat gar. B.	3½	— —
Westpreußische	3½	80⅞ G
do.	4	89¼ G
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	92¾ bz
Pommersche	4	92½ G
Posensche	4	90¼ G
Preußische	4	92 bz
Rhein- u. Westf.	4	92½ B
Sächsische	4	93⅜ bz
Schlesische	4	93¼ bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	49½ G
do. National-Anl.	5	57-⅜-¼ bz u B
do. 250fl. Präm. O.	4	72 G
do. neue 100fl. Loose	—	50½ G
Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	94½ G
6. do.	5	105 G
Englische Anl.	5	105¼ bz
N. Russ. Egl. Anl.	3	63 bz
Poln. Schatz-O.	5	84½ bz
Polnische: Cert. A. 300 Fl.	4	92¾ G
do. B. 200 Fl.	—	22¾ G
Pfdbr. u. in S R.	4	87¾ G
Part. O. 500 Fl.	4	90½ B
Hamb. Pr. 100 B M	—	84½ G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	42 bz u G, ½ B
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	30 B
Dessau. Präm. Anl.	3½	91 etw bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½ bz
Gold-Kronen	—	9. 2½ G
Louisd'or	—	108⅜-½ bz
Sovereigns	—	6. 19½ B
Napoleonsd'or	—	5. 8½-¾ bz u B
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	454¼ B
Dollars	—	1. 11½ B
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 20 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ bz
Fremde Banknot.	—	99¼ bz
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅞ bz
Fremde kleine	—	99¼ G
Oestr. Banknoten	—	73⅞-74¼ bz
Poln. Bankbillet	—	88¾ bz

Wechsel-Kurse vom 19. Mai.

Amsterd. 250fl. kurz	3	141¾ bz
do. 2 M.	3	141⅛ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	2	150¼ bz
do. do. 2 M.	2	150½ bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6. 17½ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	79 G
Wien öst. W. 8 T.	—	73½ bz
do. do. 2 M.	6	73 bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	3	56. 20 bz
Frank. 100 fl. 2 M.	3	56. 22 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99⅞ G
do. do. 2 M.	4	99$\frac{5}{12}$ G
Petersb. 100 R. 3 W.	4	96½ bz
Bremen 100 Tlr. 8 T.	3½	108 bz
Warschau 90 R. 8 T.	—	88-87¾ bz
Bank-Disk. f. Wchs.	4	

Auch an der heutigen Börse herrschte, wie im gestrigen Privatverkehr, ein günstige Stimmung.

Breslau, 12. Mai. Die Börse war heute in besserer Haltung und waren namentlich Eisenbahnaktien zu höheren Kursen gefragt, während in östr. Spekulationspapieren erhebliche Veränderungen nicht eingetreten sind:

Schlußkurse. Oestr. Kredit-Bank-Aktien 67½—67⅜ bez. u. Gd. Schlesischer Bankverein 73 bez. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 77⅞ Br. dito 4. Emiss. —. dito Prior. Oblig. 83½ Br. dito Prior. Oblig. 90¾ Br. Köln-Mindener Priorit. —. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn —. Mecklenburger —. Neisse-Brieger 52¾ Br. Nieder-schlesisch-Märkische —. Oberschlesische Lit. A. u. C. 113⅞ Gd. dito Lit. B. 106¾ Gd. dito Prior. Obligat. 85 Br. dito Prior. Oblig 89¼ Br. dito Prior. Oblig. 72 Br. Oppeln-Tarnowitzer 30½ Br. Wilhelmsbahn (Kosel-Oderberg) —. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Oblig. —. dito Stamm-Prior. Obl. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., Montag, 21. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Oestr. Fonds wenig verändert, Bexbacher Aktien höher, Nahebahn niedriger umgesetzt.

Schlußkurse. Staats-Prämien-Anleihe —. Preuß. Kassenscheine 105½. Ludwigshafen-Bexbach 123½. Berliner Wechsel 105½. Hamburger Wechsel 88½. Londoner Wechsel 117½. Pariser Wechsel 92⅞. Wiener Wechsel 86⅞. Darmstädter Bankaktien 151½. Darmstädter Zettelbank 230. Meininger Kreditaktien 63½. Luxemburger Kreditbank 78½. 3% Spanier 44¼. 1% Spanier 36. Span. Kreditbank Pereira 470. Span. Kreditbank v. Rothschild 465. Kurheff. Loose 42⅞. Badische Loose 52⅞. 5% Metalliques 48⅞. 4½% Metalliques 42. 1854er Loose 69. Oestr. National-Anlehen 55⅞. Oestr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 230. Oestr. Bankantheile 730. Oestr. Kreditaktien 157. Oestr. Elisabethbahn 135½. Rhein-Nahebahn 41¾. Mainz-Ludwigsh. 94½.

Hamburg, Montag, 21. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Schwaches Geschäft.

Schlußkurse. Oestr. Franz. Staatsbahn —. National-Anleihe 56½. Oestr. Kreditaktien 66½. 3% Spanier 41½. 1% Spanier 33½. Stieglitz de 1855 —. 3% Russen 1859 —. Vereinsbank 98. Norddeutsche Bank 80. Magdeburg-Wittenberg —. Nordbahn —. Diskonto —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.